

hung erfordere, und sagt: Um Geld, um Anleihen, zu bekommen, sei man genötigt, eine solche Erhöhung vorzunehmen. Das führt direkt in die große Politik hinein, die von dem Räuberprogramm der Schwerindustrie diktiert wird. Aus ihm geht auch die sogenannte Finanzreform im Reiche hervor und das, was die Schwerindustrie in ihrer Tagung in der Berliner Scala dekretierte: Einsparung aller sozialen und kulturellen Ausgaben, Abdrosselung jeder sozialen Fürsorge in den Gemeinden, Massenbelastung durch neue Steuern und Zölle, demgegenüber Steuergeschenke unerhörtester Art an die Kapitalisten.

Es war zunächst der Reichsbankpräsident Schacht, der im Auftrage des Trustkapitals das Diktat ausgab: Keine Anleihe, kein Kredit ohne die Schröpfung der werktätigen Masse, ohne Erhöhung der Tarife. Die Verhandlungen haben sich zerschlagen. Und nun bot sich als „Retter“ die preußische Staatsregierung an — von der bekannt ist, daß sie aus der Parteikoalition zusammengesetzt ist, die auch hier die Etatmehrheit bildet, und in der die Sozialdemokraten ausschlaggebenden Einfluß haben. Diese Regierung übernahm die Aufgabe des Herrn Schacht und dekretierte ebenfalls: Wenn ihr von uns Geld haben wollt — wir kennen eure Geldknappheit für das Dezerberende —, dann müßt ihr die Tarife für Wasser, Elektrizität, Gas und Verkehr erhöhen. Es waren also auch die Sozialdemokraten in der preußischen Regierung, die mit dazu beigetragen haben, daß der Magistrat veranlaßt wurde, eine solche Erhöhung vorzunehmen. Aber im Berliner Magistrat haben doch auch die Sozialdemokraten einen sehr starken Einfluß. Sie sind es gewesen, die dieser Erhöhung zugestimmt haben.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“, der zu allen Maßnahmen gegen die Arbeiter immer die Begründung und Entschuldigung liefert, veröffentlichte einen Artikel, worin er diese Tariferhöhung für absolut notwendig erklärte. Zum Trost für die hungernden Massen in Berlin schrieb er, daß andernorts die Massen durch höhere Tarife noch mehr ausgeplündert werden. Der „Vorwärts“ erklärte:

Der Magistrat werde diese Erhöhung der Tarife auch dann durchführen müssen, wenn sich die Aufsichtsräte der einzelnen

Gesellschaften — die noch nicht entsprechend dem Ausfall der Wahlen verändert worden sind — gegen die Tariferhöhung aussprechen würden. Ein Befragen der Stadtverordnetenversammlung sei für die Tariferhöhung nicht notwendig.

Vor den Wahlen schrieb der „Vorwärts“ vom Kampf um den Gemeindesozialismus. Da pries er die Arbeit der Sozialdemokratie, die sie in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat für eine angebliche sozialistische Gemeindepolitik geleistet hätte. Aber wie ist dies zu vereinbaren mit der Tatsache, daß die wichtigsten, lukrativsten Werke dem Einfluß der Gemeindevertretung entzogen worden sind? Die Umwandlung der Werke in gemischtwirtschaftliche Betriebe¹ ist die Vorstufe zur Privatkapitalisierung — und diese steht hier zur Entscheidung. Die Politik, die die Sozialdemokratie treibt, schließt die Verschacherung der Werke an das Privatkapital ein. Daran ändern die entgegengesetzten Behauptungen gar nichts. („Sehr richtig!“) Die Tatsachen sprechen eine viel zu deutliche Sprache. Ist es nicht eine Entkommunalisierung der städtischen Werke, die früher den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung unterstanden, wenn Sie ihnen solche Geschäftsformen gegeben haben, daß die Stadtverordnetenversammlung nicht einmal mehr etwas über die Werktarife zu bestimmen hat? Das war doch die Grundlage der Koalitionspolitik der sogenannten Etatmehrheit, das war das, was von der Volkspartei gefordert und durchgesetzt worden ist. Mit der Zustimmung dazu wurde die Sozialdemokratie für diese Kapitalistenbande koalitionsfähig.

So ist es nicht nur hier, so ist es im Reich und in den Ländern. Im Reichsfinanzministerium steht ein Sozialdemokrat² an der Spitze. Er bringt ein Finanzprogramm ein, das eine unerhörte Massenausplünderung und ein umfassendes Steuergeschenk an die Kapitalisten enthält. Bei dieser Koalitionspolitik der Sozialdemokratie ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die sogenannte Selbstverwaltung der Gemeinden auch in aller Form aufgehoben wird. Denn nicht ohne Grund hat der Parteivorsitzende Wels auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg bereits mit

¹ Kommunale Betriebe mit Beteiligung von Privatkapital. *Die Red.*

² Gemeint ist Hilferding. *Die Red.*

der Diktatur geliebäugelt — natürlich nicht mit der proletarischen Diktatur. Eine solche Diktatur wird immer nur eine kapitalistisch-faschistische Diktatur sein. Darum sollen die Gemeinden und die Gemeindevertretungen dem Einfluß der werktätigen Massen entzogen werden.

Was in dem Schreiben des Oberpräsidenten vorläufig als eine 14tägige Aufhebung der „Selbstverwaltung“ der Gemeinde Berlin erscheint, das ist doch nur der Versuchsballon, um zu sehen, wie die werktätigen Massen darauf reagieren. Es gehörte schon eine ungeheure Portion Einfältigkeit dazu, wenn man annimmt, daß die Finanzverhältnisse in Berlin — derentwegen die Staatsaufsicht verhängt wurde — sich etwa in 14 Tagen wesentlich ändern könnten. Aber es ist eben eine Gaunerei, mit der man ausprobieren will, wie die Staatsaufsicht gegenüber der Gemeinde Berlin durchgeführt werden kann. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Massen — vor allen Dingen die Kommunistische Partei — gegenüber diesen Maßnahmen nicht ruhig bleiben werden.

Wir werden nicht etwa in Magistrats- oder Oberpräsidenten-Ergebenheit diese Anordnungen hinnehmen, sondern werden die Massen zum Kampf gegen diesen ersten Schlag aufrufen, der zur Aufrichtung einer verkappten Diktatur unternommen wird.

Die Erhöhung der Werktarife steht im engsten Zusammenhang mit der Gesamtpolitik, worauf ich noch in der Diskussion näher eingehen werde. (Zuruf: „Da kommen Sie nicht mehr zu Wort!“)

Da sind Sie schlecht unterrichtet. —

Jetzt will ich nur noch darauf verweisen, daß diese Erhöhung nicht etwa in der wirtschaftlichen Lage der Werke begründet ist. Es ist ein Betrug gegenüber den werktätigen Massen, wenn der „Vorwärts“ am 14. Dezember dieses Jahres anläßlich des Ausschlusses des Gewerkschaftsangestellten Gnadt aus der Kommunistischen Partei — der Ausschluß erfolgte, weil er im Aufsichtsrat für die Erhöhung der Tarife stimmte — folgendes schrieb:

Er wurde ausgeschlossen, weil er gemeinsam mit den Sozialdemokraten vernünftig war.

Es ist also vernünftig, die Tarife zu erhöhen. Aber weil man annahm, daß die Massen diese Vernunft nicht verstehen werden, fügte der „Vorwärts“ hinzu:

Diese Erhöhung ist durch die Finanzlage des Werkes notwendig geworden. Gemeinsam mit Sozialdemokraten den Bankrott eines kommunalen Werkes abwenden, bedeutet also in den Augen eines echten Bolschewisten Schädigung der Arbeiterschaft.

Aber vielleicht tritt hier doch ein sozialdemokratischer Redner auf, um zu beweisen, daß die Erhöhung der Tarife notwendig ist, weil sonst die Werke bankrott gehen. Die Etatszahlen der Stadt Berlin sprechen dagegen. Im Jahre 1929 werden 15 Millionen Reichsmark Überschuß — einschließlich Kämmereiabgabe — von den Gaswerken abgeführt. (Stadtverordneter Dr. Caspari: „Nicht abgeführt!“) — Der Betrag ist in den Etat eingesetzt. — (Stadtverordneter Dr. Caspari: „Nur eingesetzt!“) — Aber die Ist-Zahlen der voraufgegangenen Jahre haben die Unterlage gegeben. — Bei den Wasserwerken sind es 3,9 Millionen, bei den Elektrizitätswerken 26,5 Millionen. Von den Verkehrsunternehmen wurden 1928 an die Kasse 25,6 Millionen abgeführt, dazu noch die ungeheuren Summen von 7,3 Millionen an Verkehrssteuer, von 8 Millionen Reichsmark an Dividenden. Die Wirtschaftslage der Werke erfordert also nicht die Erhöhung der Tarife, sondern sie wird erzwungen durch eine Erpresserpolitik, die von dem Reichsverband der deutschen Industrie und seinen Angestellten geübt wird. (Lebhaftes „Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Von diesen Angestellten, die auf den Ministerposten der Reichsregierung und der Länderregierungen sitzen, wird eine solche Ausplünderung der werktätigen Massen erzwungen. Gegen diese Ausplünderung ist die schärfste Mobilisierung der werktätigen Massen notwendig, und das wird durch die Kommunistische Partei geschehen.

Den Gemeinden sind die Steuereinnahmen entzogen worden, die ihnen früher zustanden, und zwar durch die Gesetze, die von den Sozialdemokraten in Gemeinschaft mit den übrigen bürgerlichen Parteien im Auftrag der Schwerindustrie beschlossen worden sind. Durch den Finanzausgleich — der zuletzt im Jahre 1927 von den Sozialdemokraten gemeinsam mit der Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten beschlossen worden ist — werden der Gemeinde Berlin weitere bedeutende Summen vorenthalten, die

sich zusammensetzen aus den aus der Berliner Arbeiterschaft herausgepreßten Steuergroschen. Andererseits ist man sehr bereitwillig in der Überweisung von Ausgabeposten. Durch die Fürsorgepflichtverordnung, das Jugendwohlfahrtsgesetz, das Geschlechtskrankengesetz, durch den Abbau der Erwerbslosenunterstützung ist eine enorm gesteigerte Inanspruchnahme der Wohlfahrtsmittel der Gemeinde Berlin und der anderen Gemeinden herbeigeführt worden, und zwar auf Grund von Gesetzen, die von der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition beschlossen worden sind. Dazu kommen die enormen Ausgaben, die — außer im Reich und in den Ländern — auch noch in den Gemeinden für die Staatsgewalt zur Niederschlagung der Arbeiterschaft gemacht werden.

Wir Kommunisten könnten Ihnen einen Etat aufstellen, bei dem bis zu einem gewissen Grade die Möglichkeit der Erfüllung der wichtigsten sozialen und kulturellen Aufgaben für die werktätigen Massen gegeben wäre. (Zurufe rechts.) Aber wir wissen, daß ein solcher Etat von Ihnen nicht angenommen wird. Deshalb gibt es nur eine Lösung: Sturz dieser Gesellschaft, die bankrott ist, bankrott in jeder Hinsicht und die längst überaltert ist. Der Klassengegensatz zwischen der großen Masse der ausgebeuteten Bevölkerung und der winzigen herrschenden Minderheit ist so scharf, daß es nur des Ansturms der Massen bedarf, um die herrschende Minderheit hinwegzufegen — um aufzurichten die Diktatur des Proletariats, die in Sowjetrußland besteht. (Zurufe. — Unruhe.) Dort Aufbau der sozialistischen Wirtschaft — hier ständiger Niedergang und Verelendung der werktätigen Massen.

II

20. Dezember 1929

Die Ausführungen der Redner der verschiedenen Parteien waren auf den Ton gestimmt, daß jede Partei glaubt, der anderen die Schuld zuschieben zu müssen für den „Erfolg“ dieser Kommunalpolitik, die von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung betrieben worden ist. Sowohl die Deutschnationalen und die Volkspartei als auch die übrigen bürgerlichen Parteien sind stets

gegen jede Bewilligung von Ausgaben gewesen, die für die Arbeiter bestimmt waren, und offen haben sie eine gegen die Arbeiter gerichtete Politik betrieben. Aber auch auf die Sozialdemokratie trifft das zu, die nur deshalb koalitionsfähig gegenüber diesen Parteien geworden ist, weil sie die gleiche Politik treibt. Würde sie Arbeiterpolitik betrieben haben, so würde niemals eine Koalition zwischen der Sozialdemokratie und diesen Parteien möglich gewesen sein.

Die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners haben eine ziemliche Unruhe und großes Gelächter hervorgerufen, weil sie in krassem Gegensatz zur Politik seiner Partei standen. Seine Position glich der des Falstaff: Groß in der Geste, die in ihrem Widerspruch zur Wirklichkeit zum Lachen reizt. Herr Loewy rief zum Kampf auf gegen die Maßnahmen des Oberpräsidenten, der doch ein Koalitionsbruder der SPD ist und dessen Anordnungen im Einvernehmen mit seinem Vorgesetzten in der preußischen Staatsregierung, mit dem Innenministerium, erfolgten — an dessen Spitze der Sozialdemokrat Grzesinski steht. Wenn Loewy sagte: Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion werde ihre Freunde im Parlament aufrufen, den Kampf gegen diese Anordnung zu führen, so wird sich die Fraktion also an die verkehrte Stelle wenden.

Außerdem steht die Tatsache fest, daß im Auftrage von Herrn Schacht — der für die Reichskredite das gleiche gefordert hat wie die preußische Regierung für die Bewilligung der städtischen Kredite, nämlich einen Tilgungsfonds — im Reichstage von der Großen Koalition unter der Führung der Sozialdemokratie ein Gesetz eingebracht worden ist, wonach spätestens bis Ende 1930 ein Tilgungsfonds zur Abdeckung der schwebenden Schuld geschaffen werden soll, der in Höhe von 450 Millionen Reichsmark aus Steuern und Einsparungen bei den Ausgaben aufzubringen ist. Meinen die Sozialdemokraten, daß diese Steuern etwa aus Besitzsteuern bestehen oder die Einsparungen etwa durch den Abbau der Reichswehr oder anderer unnützer Ausgaben erfolgen sollen? Nein, die Volkspartei hat doch diktiert: keine Erhöhung der Besitzsteuern, sondern ihr Abbau; dagegen Massensteuern, die Erhöhung der Verbrauchssteuern auf Tabak und Bier, Kopfsteuern für die Gemeinden. Außerdem soll nicht etwa gespart werden

bei den Subventionen für das Trustkapital, sondern bei den sozialen und kulturellen Ausgaben. Also wird dieser Tilgungsfonds, wie er von der Sozialdemokratie im Reichstage durch Gesetz gefordert wird, genau aus den gleichen Quellen gespeist werden wie der Fonds, der in Berlin durch die Erhöhung der Werktarife geschaffen werden soll: nämlich durch eine ungeheure Belastung der werktätigen Massen. Deshalb ist auch der Appell des Herrn Loewy an seine Parteifreunde in den Parlamenten außerordentlich deplaciert. Sie werden ihm das erklären, was vielleicht die sozialdemokratischen Mitglieder des Magistrats der Fraktion erklärt haben, oder was die Sozialdemokraten im Reichstage und im Landtage ihren Freunden erklären: daß das Staatsinteresse höher steht als die Rücksichtnahme auf die Notlage der werktätigen Massen.

Loewy sagte: die Finanzen der Stadt seien außerordentlich gut. Er glaubte, mich der Unkenntnis zeihen zu müssen, indem er behauptete, ich sei nicht so genau darüber unterrichtet. Ich will ihm offen zugeben: Über die Grundstückspekulationen der Stadt Berlin bin ich nicht so genau informiert wie er als der Notar der Stadt für diese Grundstückspekulationen.

Es kommt uns nicht sosehr auf die Finanzlage der Stadt Berlin an, sondern auf die Lage der werktätigen Massen, die keineswegs gut ist, die aber durch die Maßnahmen des Magistrats noch verschlechtert werden soll. Wohl aber ist die Lage der Bourgeoisie in Berlin gut. Sie leidet keine Not, sie hat nur die Besorgnis, das Eigenkapital nicht so schnell zusammenzubringen, um einen Ausgleich gegenüber den ausgefallenen ausländischen Anleihen zu schaffen. Deshalb soll diese Ausplünderung der werktätigen Massen erfolgen. Der Bourgeoisie geht es in Deutschland sehr gut, während sich die Lage der Arbeiterschaft von Tag zu Tag verschlechtert. Die Rationalisierung, die auf Grund des Programms des Trustkapitals durchgeführt werden soll — wie sie auch in den städtischen Betrieben zur Anwendung kommt —, wirkt sich in ungeheuren Entlassungen von Arbeitern aus. Sie erfolgen auch, um zugleich einen Druck auf die Lohnhöhe und auf die Arbeitsbedingungen auszuüben.

Loewy hat hier mit einer großen Geste erklärt: Wir werden dem Diktat des Oberpräsidenten nicht folgen, wir halten den

Magistrat nicht für befugt, einseitig solche Erhöhungen vorzunehmen und solche Verträge abzuschließen. Warum ziehen dann aber die Sozialdemokraten nicht die Konsequenzen gegenüber einem Magistrat, in dem ihre eigenen Parteifreunde sitzen? Es ist also nur ein Gerede, um die Massen zu täuschen, damit sie nicht merken, daß die Sozialdemokraten keinen Kampf führen wollen und auch nicht können. Was mit der vorläufigen 14tägigen Staatsaufsicht beabsichtigt ist — nämlich den Massen einzureden, daß das ein vorübergehender, kein dauernder Zustand sein soll —, das unternimmt die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtpolitik. Zum Schein opponiert sie gegen die reaktionären Maßnahmen, in Wirklichkeit unterstützt sie aber die Bourgeoisie bei der Durchführung dieser Maßnahmen. Das zeigt sich in besonderem Maße in der Berliner Gemeindepolitik. Hier trägt die Sozialdemokratie fast allein die Verantwortung für alle Maßnahmen, die in ihrer Auswirkung nur der Arbeiterschaft zum Schaden und der Bourgeoisie nur zum Nutzen gereichen.

Dem deutschnationalen Redner, der mit einer gewissen Wohlgefälligkeit uns gegenüber von einer Gemeinsamkeit der Auffassungen über diese sozialdemokratische Politik sprach, erklären wir: Uns scheidet von den Deutschnationalen nicht nur eine Welt, sondern auch die Tatsache, daß die Deutschnationalen mit der Politik der Sozialdemokratie deshalb nicht einverstanden sind, weil sie ihnen noch nicht reaktionär genug ist („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.), während wir diese Politik bekämpfen, weil es eine kapitalistische, bourgeoise Politik ist, wie sie von den Vertretern der Schwerindustrie geführt wird. Darum konnte hier auch der Vertreter der Volkspartei, Herr Caspari, auftreten und der Sozialdemokratie eine gewisse Belehrung erteilen, wie sie besser eine kapitalistische Politik hätte treiben müssen. Er machte den Sozialdemokraten den Vorwurf, daß sie auf diesem Gebiete Stümper seien, die noch immer glauben, Rücksicht auf die Arbeiterschaft nehmen zu müssen. Das ist aber keineswegs ein Gegensatz zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie, sondern das zeigt nur, wie nicht nur hier, sondern auch im Reich immer offener die Volkspartei als Führer der Koalition auftritt und wie die Sozialdemokraten auf der ganzen Linie vor der Volkspartei kapitulieren. (Zustimmung bei den Kommunisten.)

Unter einer solchen Politik leidet nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch der gewerbliche Mittelstand geht dabei zugrunde. Das zeigt sich besonders bei der Erhöhung der Tarife. Neben der Arbeiterschaft sind es auch die kleinen Gewerbetreibenden, die von dieser Erhöhung aufs schwerste betroffen werden; dabei geben sich alle Parteien den Anschein, für den gewerblichen Mittelstand sorgen zu wollen. Wenn die Nationalsozialisten auch diesen Schein zu wahren versuchen, so verweise ich auf die Tatsache, daß heute im Reichstage der Nationalsozialist Willikens eine Rede für den Zollwucher gehalten hat, daß ferner im Reichstage am 27. November die Nationalsozialisten nicht für die Winterbeihilfe gestimmt haben, die von den Kommunisten für alle Unterstützungsempfänger gefordert wurde. (Zuruf.) — Nein, nein, das ist kein Schwindel, keiner von Ihnen ist aufgestanden, als die Abstimmung war. Außerdem bedurfte es nicht einmal dieses Beweises, daß die Nationalsozialisten nicht die Interessen der Arbeiter vertreten. Sie sind die bezahlten Knechte des Großkapitals, die die Streikbrecherbanden gegen die Arbeiter zu stellen haben, die die Arbeiter niederschlagen. Allerdings gestatten ihnen ihre Geldgeber, um die Arbeiter zu täuschen, gegen das Kapital, gegen die Bourgeoisie, Reden zu halten, genauso, wie man es der Sozialdemokratie gestattet, gegen das Kapital zu reden. Die Hauptsache ist, daß man eine Politik für das Kapital und seinen Staat treibt. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

Es ist hier von Loewy gesagt worden, daß niemand vor den Wahlen an die Erhöhung der Tarife gedacht habe. Ich habe Beweise zur Hand, daß man sich in der Sozialdemokratie sehr eingehend mit der Erhöhung der Berliner Tarife beschäftigt hat. Es war der Vertreter des ADGB, Herr Graßmann, der in einer Landesversammlung der Hamburger Sozialdemokratie gesagt hat:

Verlängert man die Wartezeit zwischen eingetretener Arbeitslosigkeit und Unterstützungsbezug, so kommt nur eine Belastung der Gemeinden heraus, die so schon nicht wissen, wo sie die Summen für die Fürsorge hernehmen sollen. Sie würden dann ihre Werktarife erhöhen, allerlei Steuerkünsteleien betreiben und schließlich von den Ländern Ersatz fordern. (Widerspruch und großer Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Wer hat die Lasten von den Ländern und dem Reich auf die Gemeinden abgewälzt? Das waren die Sozialdemokraten, und damit haben sie die Voraussetzungen für die Erhöhung der Tarife geschaffen. Aber noch etwas mehr! Herr Bublitz, der Kollege hier, hat am 20. September dieses Jahres in einer Kreisversammlung des Bezirks Tiergarten ausgeführt:

Im Landtage stehen sogar einige unserer Genossen — keine Berliner — auf dem Standpunkt, daß Berlin, wenn es knapp an Geld ist, die Preise für Elektrizität, Gas und Wasser erhöhen müsse.

Oder wollen Sie bestreiten, daß auf dem Städtetag Sozialdemokraten gegenüber den Berliner Vertretern erklärt haben: Was, ihr wollt von Finanznot in Berlin reden? Erhöht zunächst erst eure Tarife! So haben die Sozialdemokraten vor den Wahlen systematisch die Erhöhung der Tarife vorbereitet. Nur mit Rücksicht auf die Wahl haben sie nicht den Mut gefunden, ihre Absichten den Wählern mitzuteilen. Sie haben die Wähler betrogen, um ihre Stimmen einzufangen.

Die Sozialdemokraten sprechen immer von Würde. Deswegen haben sie im Parlament die Geschäftsordnung zu Hausknechtparagraphen umgewandelt, um die Kommunisten aus den Parlamenten hinauszuerwerfen. Das haben sie getan im Namen der parlamentarischen Würde. Sie sind mir schöne Würdenträger. (Händeklatschen bei den Kommunisten und auf der Tribüne.)

Ich will, da es meine Redezeit nicht mehr zuläßt, nicht näher auf den Ausweg eingehen, der sich aus diesem ganzen Dilemma für die Arbeiterschaft als notwendig erweist. Zusammenfassend sei nur gesagt, daß es für die Arbeiterschaft in Deutschland, insbesondere für die Berliner Arbeiterschaft, nur einen Weg gibt: sich mit den kleinen Gewerbetreibenden in einer Kampffront zusammenzufinden, den Kampf aufzunehmen gegen die bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, und ihnen nicht mehr zu vertrauen, weil sie von ihnen betrogen wird jetzt und jederzeit. Dieser Kampf ist gemeinsam mit den Erwerbslosen zu führen, um deren Notforderungen durchzusetzen, und es ist auch nicht davon abzustehen, wenn der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel noch soviel Knüppelgarden in den

Straßen Berlins aufmarschieren läßt. Unter Führung der Kommunistischen Partei wird dieser Kampf siegreich sein, und gestürzt werden wird dieses kapitalistische Regime, das verfault und bankrott ist und das sich nur noch halten kann bei steigender Verelendung der großen werktätigen Massen.

Ich schließe mit dem Worte, das in diesem Hause einmal der sozialdemokratische Führer Paul Singer gesagt hat: In der kapitalistischen Gesellschaft ist es die Aufgabe der Arbeitervertreter, die berechtigten Forderungen des Proletariats anzumelden. Wenn die Bourgeoisie nicht in der Lage ist, diese Forderungen zu erfüllen, dann soll sie ihren Bankrott anmelden.¹

„Stenographische Berichte über die Sitzungen der Berliner Stadtverordnetenversammlung“, Jahrgang 1929.

¹ Der Dringlichkeitsantrag, der die Aufhebung des Magistratsbeschlusses über die Erhöhung der Werktarife forderte, wurde angenommen. Der Antrag gegen die Erhöhung der Preise für Gas, Wasser und Elektrizität sowie gegen die Fahrpreiserhöhung wurde abgelehnt. *Die Red.*

Das „Selbstverwaltungsgesetz“ – ein Ausnahmegesetz gegen das rote Arbeiter-Berlin!

Rede in der Berliner Stadtverordnetenversammlung
18. März 1930

Der von der preußischen Koalitionsregierung — in der drei namhafte Sozialdemokraten, Braun, Waentig und Grimme sitzen — zunächst dem Staatsrat zugeleitete Gesetzentwurf, der dann an den Landtag geht, soll mit aller Eile durchgepeitscht werden. Man rechnet damit, daß er schon bis zum 1. Juli dieses Jahres Gesetz geworden sein wird. Wir stehen also — wenn diese Absicht gelingt — unmittelbar vor Neuwahlen in Berlin. Das wird sich sicher auch auf die Tätigkeit der rechts von der kommunistischen Fraktion sitzenden Parteien auswirken.

Es ist nützlich, sich klarzumachen, was von der preußischen Koalitionsregierung beabsichtigt ist. Dieses Gesetz, das unter dem Namen „Selbstverwaltungsgesetz“ firmiert, ist ein Ausnahmegesetz gegen das rote Arbeiter-Berlin, gegen seine werktätigen Massen, zum Schutze der kapitalistischen Republik und zur Durchführung der Forderungen, die das Trust- und Finanzkapital in seinem Hungerprogramm aufgestellt hat. Das wird auch ganz offen in der Begründung des Gesetzes zugegeben. Es heißt dort:

Eine Stadt, die das Reichsparlament und das Landesparlament, die Reichsregierung, die Landesregierung, eine außerordentlich große Zahl anderer zentraler und sonstiger Behörden beherbergt, die mit ihrer City der Brennpunkt des deutschen Wirtschaftslebens ist und die den geistigen und kulturellen Mittelpunkt der deutschen Volksgemeinschaft darstellt, ist von einer solchen Bedeutung für das Staatsganze, daß die Form ihrer Verwaltung und die Sicherheit für das Funktionieren der Verwaltung von unmittelbarstem Interesse für die Gesamtheit von Staat und Reich sind. —

Die Entwicklung der deutschen und der preußischen Selbstverwaltung zeigt, daß sie an und für sich tatkräftig und elastisch

genug ist, um auch ungewöhnlichen Aufgaben sich gewachsen zu zeigen. (Stadtverordneter Fritz Lange: „Elastisch wie der Gummiknüppel!“) Es wäre eine Ungerechtigkeit gegenüber der Selbstverwaltung im ganzen und gegenüber der Selbstverwaltung der Stadt Berlin, wenn man aus Mängeln, die sich in der letzten Zeit gezeigt haben, die zum Teil auch auf Umstände zurückzuführen sind, für die die Selbstverwaltung nicht verantwortlich ist, den Schluß ziehen würde, daß Berlin aus der Sphäre der Selbstverwaltung herausgewachsen sei.

Wie trefflich es doch diese Pfaffen zu sagen verstehen! Warum also das Gesetz? Weil nach der Meinung der preußischen Koalitionsregierung eine Gefahr besteht für das „Wohl des Staatsganzen“ und für die Durchsetzung der Pläne, die zur Niederknüppelung und zur Ausbeutung der Arbeiterschaft bestehen. Deshalb soll das Gesetz mit aller Eile durchgepeitscht werden, darum soll es dem allgemeinen Selbstverwaltungsgesetz vorweggenommen werden. Wenn man sich aber hier hinter den formalen Einwand verkriecht, daß das Gesetz für Berlin nicht vorweggenommen werden soll, so glauben Sie doch nicht etwa, daß von diesem Koalitionsministerium nach dem Erlaß eines allgemeinen Selbstverwaltungsgesetzes ein anderes Gesetz für Berlin vorgelegt werden wird als das jetzt vorliegende. Deswegen heißt ein solcher Einwand nur, den Termin zu verschieben, von dem ab dieses Gesetz für Berlin angewendet werden soll.

Dieses Gesetz ist eine der ersten Ergänzungen des Republikchutzgesetzes. Das Republikchutzgesetz ist gewissermaßen ein Rahmengesetz für alle die ergänzenden Gesetze und alle die Maßnahmen, vom Gummiknüppel bis zum Revolver, die zur Niederschlagung der Arbeiterschaft ergriffen werden.

Es wird der Versuch unternommen, durch eine falsche Namensbezeichnung den Zweck des Gesetzes zu verschleiern. Auch das Gesetz zum Schutze der Republik trägt noch den Namen „Gesetz zur Befriedung des politischen Lebens“. In Wirklichkeit geht es um die Niederschlagung der Arbeiterschaft, so wie es Herr Severing im Reichstage begründet hat. Weil wir drei Millionen Erwerbslose haben, deshalb ist das Gesetz zum Schutz der kapitalistischen Republik notwendig. So wird auch dieses Diktatur-

gesetz als Selbstverwaltungsgesetz bezeichnet. Man redet darin von der Selbstverwaltung, will aber auf das Präfektursystem hinaus. Man brauchte in der Begründung gar nicht erst die Frage zu stellen: Selbstverwaltung oder Präfektur? Man wäre auch ohnedies darauf gekommen, daß es um das Präfektursystem geht. Das heißt, der Staat bricht auch mit dem Schein einer Mitbestimmung der werktätigen Massen über die Stadtverwaltung und nimmt diese in die eigene Hand — eben durch den Präfekten.

Der Begriff Selbstverwaltung hätte nur einen Sinn, wenn der wichtigste Teil der Bevölkerung einer Stadt — und das sind doch diejenigen, von denen alles lebt, die werktätigen Massen — direkt und indirekt an der Verwaltung beteiligt wäre. In diesem Sinne hat es in der kapitalistischen Gesellschaft seit ihrem Bestehen noch niemals eine Selbstverwaltung gegeben. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Die werktätigen Massen sind immer davon ausgeschaltet gewesen. Daran ändert auch das Bestehen des allgemeinen Wahlrechts gar nichts. Das haben früher auch die Sozialdemokraten gewußt, die darauf hinwiesen, daß trotz des Bestehens des allgemeinen Wahlrechts die Arbeiterschaft vollkommen von der Mitbestimmung am Staatswesen ausgeschaltet ist. Eine wirkliche Selbstverwaltung wird nur dann geschaffen werden, wenn die werktätigen Massen selbst die politische Macht und damit auch die Verwaltung der Gemeinden in ihre Hand nehmen — so wie es in der Sowjetunion durch das Sowjetsystem durchgeführt worden ist. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten.)

Es hat hier ein Sozialdemokrat über das Gesetz geredet, und man liest auch, was dieser und jener Sozialdemokrat über dieses Gesetz schreibt. Man muß sich dabei immer an den Kopf fassen und sich fragen: Sind denn diese Menschen so blind, nicht zu sehen, was hinter diesem Gesetzentwurf der Regierung steht, oder spielen sie Theater? Beides ist wohl der Fall. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß Herr Robinson nicht weiß, was überhaupt gespielt wird. Das Trust- und Finanzkapital weiß jedenfalls ganz genau, was es will, und spricht das auch ganz offen aus. Wer die Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie liest, der kann erfahren, worum es geht. Die Industriellen wollen die Sicherheit haben, aus den Knochen der Arbeiter das Kapital

herauszuschinden, das sie zur Akkumulation, zur Erweiterung ihrer Produktionsbasis, zum internationalen Konkurrenzkampf benötigen. Darum: Lohnsenkung, Arbeitszeitverlängerung, Antreiberei, Rationalisierung; dazu aber auch die Einstellung der Gemeindeverwaltung auf diesen Plan, und darum Sparsystem, darum Erhöhung der Werktarife, darum der Abbau der Sozialfürsorge, darum die Einschränkung bezüglich der Anleihen. Das ist ein Teil vom Hungerprogramm des Trustkapitals. Weil ihm bei der Durchführung dieses Programms der scheindemokratische Plunder, der noch in der Existenz der Stadtverordnetenversammlung und der Bezirksversammlungen vorhanden ist, Schwierigkeiten macht, so — das Kapital ist immer großzügig gewesen, warum sich an Kleinigkeiten stoßen! — dekretiert es: Weg mit diesem scheindemokratischen Kulissenzauber, der doch nur für Dumme berechnet ist, die glauben sollen, daß es eine Selbstverwaltung gibt.

Durch dieses Diktaturgesetz soll der letzte Rest des Rechtes beseitigt werden, das bisher noch die Massen hatten. So konnten sie durch die Wahl in die Bezirksversammlungen wenigstens noch ihrer Meinung Ausdruck geben, ihre Vertreter dorthin entsenden und selbst auf den Tribünen an den Verhandlungen der Bezirksversammlung Anteil nehmen. Das ist ein „Mißstand“, den die Sozialdemokratie und die Regierung beseitigen wollen. Diese Möglichkeit — daß die Massen direkt als Zuhörer an dem teilnehmen, was in den Parlamenten vorgeht — soll ausgeschaltet werden, deshalb sollen die Bezirksversammlungen „verschwinden“, wie es im Jargon der Begründer dieses Gesetzes heißt.

Die Stadtverordnetenversammlung — Stadtvertretung genannt — soll nicht nur zahlenmäßig eingeschränkt werden, sondern sie soll auch nur noch die Rolle eines Provinziallandtages spielen, der einmal im Jahre vom Oberpräsidenten einberufen wird, um über die Vorlagen abzustimmen. Zu reden soll wenig Gelegenheit sein; es ist nur abzustimmen. So soll die Berliner Stadtverordnetenversammlung in Zukunft ihre Funktionen erfüllen. Sie soll in großen Zwischenräumen — „sooft es die Geschäftslage erfordert“, heißt es im Gesetz — zusammentreten. Darüber, ob eine solche Geschäftslage da ist, entscheidet der Oberbürgermeister, der zum Schein gewählt werden soll. Aber wenn

die Stadtverordnetenversammlung trotz allem nicht genügend pariert, dann kann das Staatsministerium jederzeit die „Stadtvertretung“ und die „Bezirksräte“ auflösen, wie es § 78 des Gesetzes bestimmt.

Die gesamte Verwaltung soll unter Ausschluß der Öffentlichkeit in kleineren Körperschaften, im Stadtgemeindevorstand von 29 Mitgliedern und in den Bezirksräten, erfolgen. Gerade diese Geheimniskrämerei ist die Brutstätte der Korruption. Es wird mit diesen geheimen Körperschaften und Beratungen die Geschäftelhuberei und die Geschäftemacherei noch mehr begünstigt werden, als es heute schon der Fall ist. Ich bin fest überzeugt: Der Sklarek-Skandal^[43] wird ein Kinderspiel sein gegenüber der Korruption, die sich aus dieser Geheimniskrämerei entwickeln wird. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten.) Einige „Blüten“ will ich aus diesem Diktatargesetz behandeln — allerdings nur kurz, da die Redezeit auf eine halbe Stunde beschränkt worden ist. Der Oberbürgermeister soll ein Mussolini sein — Herr Flatau hat ihn im „Vorwärts“ den „leitenden Übermenschen“ genannt. Alles soll er leiten, alles soll er erledigen, alles kann er verhindern; er hat die Disziplinargewalt über die Beamten, er ernennt sie und kann sie in den Ruhestand versetzen; er ist sogar der Hausknecht gegen die Stadtvertreter; wenn sie nicht folgsam genug sind, kann er sie hinauswerfen. Alle diese Funktionen werden dem „Ober“ übertragen.

Aber wir haben doch eine „Selbstverwaltung“; der Oberbürgermeister soll von der Stadtvertretung gewählt werden. Wenn jedoch der gewählte „Ober“ der Regierung nicht paßt, versagt sie die Bestätigung. Dann muß eben so lange gewählt werden, bis der gewählt ist, der der Regierung paßt. Wenn nicht, dann setzt die Regierung den „Ober“ ein. Eine herrliche „Selbstverwaltung“!

In den Bezirken sollen die Bezirksbürgermeister die gleiche Rolle im Kleinen spielen. Herr Flatau nennt sie „Miniatur-Mussolini“. In seinem Artikel, der als „Gedanken zum Gesetz“ betitelt ist, findet man wenig Gedanken. Er bringt darin nur zum Ausdruck, daß er einige Besorgnisse habe.

Es ist von Herrn Robinson darauf hingewiesen worden, daß in dem Gesetz nichts über eine Zusammenlegung der Bezirke enthal-

ten ist. Aber er hat doch gelesen, daß in der Begründung gesagt wird, es sollen höchstens 10 Bezirke bestehen bleiben. Das soll durch eine Ortssatzung geschehen, und wenn diese Ortssatzung nicht binnen Jahresfrist von der Stadtvertretung geschaffen wird oder wenn diese Ortssatzung der Regierung nicht gefällt . . .

Vorsteher Haß, den Redner unterbrechend: „Ist geändert worden!“

Wo denn? Ich kenne keinen anderen Gesetzentwurf! — (Zuruf des Vorstehers.) — Wenn Sie es nicht glauben wollen, werde ich es Ihnen sofort nachweisen. Im § 47 des Gesetzes heißt es:

Der Beschluß über den Erlaß der Ortssatzung bedarf der Genehmigung durch das Staatsministerium. Kommt die Ortssatzung innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht zustande, so erläßt das Staatsministerium die Satzung.

Und zu guter Letzt — damit der Herr Vorsteher ganz beruhigt ist — heißt es im § 90 des Gesetzes:

Die zuständigen Minister erlassen die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen.

Ich glaube, man muß schon gegenüber dem Ministerium und dem Gesetz sehr wohlwollend sein, wenn man nicht sehen will, was hier los ist. Aber die Regierung ist doch fortschrittlich, sie will doch der Gemeinde eine Selbstverwaltungsangelegenheit einräumen. Es heißt im § 66 des Gesetzes:

Die Benennung der Straßen und Plätze wird der Hauptstadt Berlin als Selbstverwaltungsangelegenheit übertragen. (Großes Gelächter bei den Kommunisten.)

Das soll nunmehr in Berlin nicht mehr von Zörgiebel bestimmt werden, die „Selbstverwaltung“ soll es machen. Man liest weiter und kommt zu dem § 73. Da heißt es:

Der Oberbürgermeister der Hauptstadt Berlin hat Beschlüsse der Stadtvertretung oder des Stadtgemeindefachausschusses vor ihrer Ausführung der Aufsichtsbehörde unter Beifügung der zugehörigen Unterlagen vorzulegen, wenn sie betreffen: . . . die Benennung von Straßen und Plätzen. (Großes Gelächter bei den Kommunisten.)

Also nicht mehr der Polizist Zörgiebel soll entscheiden, das Staatsministerium, der Polizeiminister, das sind die sicheren Instanzen, die entscheiden, wenn eine Umbenennung dem Staatsministerium nicht gefällt. Eine herrliche „Selbstverwaltung“! Die Staatsaufsicht ist enorm verschärft worden. Ich kann mich im einzelnen nicht mehr darauf einlassen. Dann noch eine andere Geschichte, die auch sehr kurios ist. Es heißt im § 85:

Bis zum Erlaß eines Gesetzes über Denkmalschutz bedarf die Veräußerung oder wesentliche Veränderung von Sachen, die einen besonderen wissenschaftlichen, geschichtlichen oder Kunstwert haben, der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Hier handelt es sich um die verschiedensten wilhelminischen Denkmäler, die leider das Proletariat in den Novembertagen 1918 stehengelassen hat; es wäre nützlich gewesen, wenn es damals mit dem Plunder aufgeräumt hätte. Die Regierung hat Angst, die Stadtvertretung oder der Stadtgemeindevausschuß könnten schließlich doch einmal dazu übergehen, solche Denkmäler abzureißen. Das soll von der Genehmigung der Aufsichtsbehörde abhängig gemacht werden. Es gibt einige unter den Parteien rechts von den Kommunisten, die die taktische Wendung des Trust- und Finanzkapitals noch nicht begriffen haben, die dahin geht: Weg mit allem demokratischen Zauber! Her mit der Diktatur! Die Parteien, die etwa glauben, sie könnten noch irgend etwas mit der bürgerlichen Demokratie angeln, sind auf dem Holzwege. Rücksichtslose Diktatur ist die einzige Möglichkeit für das Kapital, seine Forderungen durchzusetzen. Es gibt auch in diesen Parteien eine ganze Menge von Leuten, die das noch nicht begriffen haben, die „nicht mitgekommen“ sind. Es kann durchaus möglich sein, daß es auch unter den bisherigen angestellten Bürgermeistern und Stadträten solche „zurückgebliebenen“ Geister gibt, die für diese Wendung noch kein Verständnis haben. Deshalb soll § 88 die Möglichkeit schaffen, diese „zurückgebliebenen“ Geister von der hohen Obrigkeit auszuschalten. Es heißt da:

Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes endet die Amtszeit des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der übrigen Magistratsmitglieder sowie der Bezirksbürgermeister und der

übrigen besoldeten und unbesoldeten Mitglieder der Bezirksämter.

Das sind einige dieser „Blüten“ des Gesetzes. Vieles müßte darüber noch gesagt werden. Ich will aber die Zeit, die mir noch zur Verfügung steht, benutzen, um mich mit der „Opposition“ zu beschäftigen, die rechts von den Kommunisten, besonders von der SPD unternommen wird. Diese Opposition — das sage ich ganz offen — ist Theater. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.) Sie hat keine innere Kraft! Das wissen auch das Ministerium und die Fraktionen im Landtage, die das Gesetz beschließen werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Ich denke, Sie verstehen die deutsche Sprache. Oder nicht? Dann sollten Sie noch einmal in die Schule gehen. — Das Gesetz kommt von einer Koalitionsregierung, in der die Parteivertreter der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten sitzen. Das Ministerium, das dieses Gesetz ausgearbeitet hat, wird sich doch nicht der Mühe unterziehen, ein Gesetz vorzulegen, wenn es sich nicht vergewissert hat, daß eben diese Fraktionen im Landtage für das Gesetz stimmen werden. Man kann auch nicht annehmen, daß zwischen den Fraktionen hier im Hause und den gleichen Fraktionen im Landtage eine ernste Differenz besteht. Deswegen ist wenig glaubhaft, was hier an Opposition gegen das Gesetz gemacht wird.

Eins kann ich verstehen: Die Fraktionen hier im Hause sind etwas überrascht von der Offenheit, mit der das Preußische Staatsministerium die Karten vor den werktätigen Massen aufgedeckt hat. Das ist den Fraktionen unangenehm. Sie reden so gern von Selbstverwaltung, von Demokratie, von Gemeindefsozialismus. Aber wo bleiben diese Phrasen, wenn von ihrer Regierung die offene Diktatur durch ein Gesetz verlangt wird? Die Opposition ist auch aus dem Grunde nicht ernst zu nehmen, weil doch dieses Gesetz die Maßnahmen nur verstärken soll, die Sie alle wollen: Maßnahmen zur Stützung der Bourgeoisie, ihr Schutz vor der Revolution, Maßnahmen zur Niederschlagung der Arbeiterschaft. Das Gesetz ist nur gegen die Kommunisten gerichtet. Sie haben dem Republikschutzgesetz Ihre Zustimmung gegeben, also wollen Sie auch dieses Ausnahmegesetz, wollen Sie

die Diktatur des Industrie- und Finanzkapitals. Das Gesetz soll Ihnen die Verwaltungsgeschäfte gegen die Arbeiterschaft erleichtern. Sie sollen Ihnen nicht mehr durch die Kommunisten gestört werden. Und deshalb werden Sie sich gern vergewaltigen lassen, wenn der Landtag das Gesetz beschließt. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Deshalb hatten sich die Fraktionsvertreter der SPD im Organisationsausschuß lediglich mit dem formellen Einwand gegen das Gesetz begnügt, daß sie nicht vorher gefragt worden seien und daß das Gesetz vor dem sogenannten allgemeinen Selbstverwaltungsgesetz beschlossen werden solle. Erst als die Kommunisten verlangten, daß auch eine materielle Stellungnahme zu dem Gesetz nötig sei, hat man mit Widerstreben diese Stellungnahme dem Antrag eingefügt. Hätte man das abgelehnt, dann wäre schon jetzt der faule Zauber der Opposition offenbart worden. Aber man kann von den Kommunisten nichts übernehmen, ohne nicht zugleich wieder das Gegenteil zu tun. So wurde dem Antrag ein Schwänzchen angehängt, in dem erklärt wird, daß man selbst Vorschläge für ein solches Diktaturgesetz machen wird. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Deshalb sind für uns auch diese Anträge unannehmbar. Wir werden — wenn unser Antrag abgelehnt wird — nur für unseren, dem Antrag Flatau eingefügten Satz stimmen, der gegen das Gesetz protestiert und das Gesetz ablehnt. Alles andere werden wir ablehnen, auch den Antrag der Deutschnationalen.

In der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition bestehen sicher gewisse Differenzen, besonders eine große Differenz darüber, wer den fetten Diktaturposten bekommen soll. (Heiterkeit bei den Kommunisten.) Der Kampf um den „Ober“ — das kann man sich denken — regt die Geister innerhalb dieser Parteien sehr auf. Man hat auch schon eine ganz große Kanone dafür gefunden, den richtigen Diktator, nämlich den ehemaligen preußischen Polizeiminister Grzesinski. Der soll der Oberbürgermeister von Berlin werden. (Große Heiterkeit.) Man hat durchaus den Richtigen ausgesucht. Herr Grzesinski hat das Zeug dazu, das wollen wir ihm gern bestätigen. Die Fähigkeit, Arbeiter niederschlagen zu lassen, Arbeiter für das Großkapital zu knebeln und zu knechten, hat er als früherer Polizeipräsident von Berlin und als Polizeiminister bewiesen. Die formelle Einwendung, daß die

SPD und die übrigen bürgerlichen Parteien der Großen Koalition nicht befragt worden sind, ist nicht stichhaltig. Will uns einer glaubhaft machen, daß eine solche Geheimnistuerei zwischen den Sozialdemokraten in der preußischen Regierung, im Preußischen Landtage und den Sozialdemokraten der Stadtverordnetenfraktion besteht, daß die letztere keine Ahnung gehabt haben soll, was man dort vorbereitet? Niemand glaubt das. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Genauso ist es bei den Parteien rechts von den Sozialdemokraten. Also, Sie haben alle gewußt, was vorbereitet worden ist. Wir Kommunisten hatten im Staatsrat den Antrag gestellt, daß der Entwurf dieses Diktaturgesetzes unverzüglich den Staatsratsmitgliedern zugeleitet werden sollte. Das wurde von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen abgelehnt. Also auch dieser formale Einwand ist nicht ernst gemeint; er wird nur erhoben, um überhaupt so zu tun, als ob man etwas Opposition mache. Auch die Vorwegnahme dieses Gesetzes vor dem allgemeinen Gesetz hat natürlich für das Staatsministerium einen guten Grund. Es ist nämlich sehr fraglich, ob das allgemeine „Selbstverwaltungsgesetz“ — das dieselben, wenn auch nicht alle Diktaturparagrafen haben wird — im Landtage eine Mehrheit finden wird. Das Zentrum — wegen seiner Domänen in den katholischen Bezirken — und auch die Volkspartei haben große Bedenken dagegen, diese Bestimmungen in einem Gesetz zu verankern. Es handelt sich auch da überall um den Kampf um den „leitenden Übermenschen“ — wie Herr Flatau sagt —, wer den Diktaturposten in seine Hand bekommen soll. Es ist das der „Kampf“, der jedesmal, wenn eine kleine Verschiebung in den Posten eintritt — wenn ein Oberpräsident oder Regierungspräsident entweder stirbt oder wenn seine Frau in Kleptomanie macht —, um die Besetzung dieser Posten geführt wird. Es ist daher fraglich, ob sich im Landtage eine Mehrheit für das allgemeine „Selbstverwaltungsgesetz“ findet. Das hat man auch im Staatsrat durchblicken lassen: Man scheut noch davor zurück, ein solches Gesetz für das ganze Land vorzulegen. Aber gegen die Werktätigen Berlins soll es gemacht werden. Das wollen auch die Parteien, die sonst nicht dafür sind, dieses Gesetz in ganz Preußen einzuführen. Was steckt dahinter? Nicht etwa der Sklarek-Skandal, nicht etwa die

Finanzmißwirtschaft, die hier getrieben worden ist, nicht etwa die Differenzen zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, sondern — soll ich schon der Sache ein bißchen näher kommen — es steckt dahinter, daß in Berlin bei den letzten Kommunalwahlen ein Viertel der abgegebenen Stimmen kommunistische Stimmen gewesen sind. Die Regierung ist besorgt, daß durch das Anwachsen der kommunistischen Stimmen und durch die Opposition von rechts der Etat gefährdet wird, den das Finanzkapital zur Durchführung seiner Pläne braucht. Wegen dieses Anwachsens der kommunistischen Stimmen, wegen der Unsicherheit einer solchen Mehrheit wird das Gesetz gegen Berlin gemacht. Es ist ganz ausgesprochen ein Gesetz gegen die Kommunisten, deren Vertreter man von den Verhandlungen ausschalten will. Deshalb werden die geheimen Ausschüsse gebildet, die über die ganze Verwaltung bestimmen sollen. Diese Ausschüsse sollen offenbar nach Mehrheitsbeschlüssen zusammengesetzt werden. In diesem Gesetz ist keine Bestimmung, daß die Besetzung der Ausschüsse, in denen unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Geschäfte untereinander abgeschlossen werden, nach dem Verhältniswahlsystem erfolgen soll.

Es wird soviel von „Ordnung schaffen“ in Berlin gesprochen. Wir kennen das berüchtigte „Ordnungschaffen“; es ist schon einmal in der Geschichte gegen die Berliner Arbeiter angewandt worden. Das war das „Ordnungschaffen“ gegen die Spartakusbewegung im Jahre 1919. Wir wollen nicht prophezeien — aber alles deutet darauf hin, daß dieses Gesetz nur ein Vorläufer des „Ordnungschaffens“ ist, bei dem mit brutaler Polizeigewalt bereits Massen von Arbeitern in Berlin abgeschlachtet worden sind. Die sozialdemokratisch-bürgerliche Koalition in diesem Hause will in Wirklichkeit das Gesetz. Sie ist damit einverstanden, daß dieses Sondergesetz nach dem allgemeinen Selbstverwaltungsgesetz geschaffen wird; diese „Opposition“ — die sich hier rechts von den Kommunisten gegen dieses Gesetz wendet — will selbst dazu Vorschläge machen. Wir lehnen deshalb diese formalen Einwendungen ab, weil wir nicht den faulen Zauber einer „Opposition“ unterstützen wollen, der vor den werktätigen Massen gemacht wird.

(Glocke des Vorstehers.)

Ich bin gleich fertig. — Wir Kommunisten fordern die Ablehnung dieses Gesetzes für Berlin und andere Gemeinden — jetzt und für später. Wenn hier das Gesetz infolge der Zustimmung der anderen Parteien zu unserem Antrage abgelehnt werden sollte, so dürfen sich die werktätigen Massen nicht täuschen lassen. Wir Kommunisten rufen die werktätigen Massen zum revolutionären Kampf gegen dieses Gesetz auf, aber nicht zu einem Kampf für eine Selbstverwaltung, die es im kapitalistischen Staate niemals gegeben hat und nicht gibt. Trotzdem führen wir den Kampf gegen jede Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes, ohne daß wir etwa diesen Zustand anerkennen und gutheißen. Wir kämpfen für das Sowjetsystem, für die proletarische Diktatur, weil nur dann eine wirkliche Selbstverwaltung der werktätigen Massen möglich ist. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Darum schließe ich mit dem Rufe: Nieder mit der bürgerlich-kapitalistischen Gemeinde! Es lebe die Sowjetkommune!¹

„Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin“, Jahrgang 1930.

¹Der von der preußischen Koalitionsregierung vorgelegte Entwurf für eine Abänderung des Selbstverwaltungsgesetzes von Groß-Berlin wurde abgelehnt. *Die Red.*

Nieder mit der Regierung des Bürgerblocks!

*Rede im Reichstag
2. April 1930*

Eine neue Regierung hat sich gestern, ausgerechnet am 1. April, hier vorgestellt. Wir Kommunisten haben diese Regierung mit den Zurufen empfangen: Regierung des Bürgerblocks! Regierung des Lohnabbaus und des Zollwuchers, der Mietssteigerungen und der Einführung neuer Massensteuern, der Aushungerung der Erwerbslosen und der Sozialrentner, der verschärften Klassenjustiz gegen die Arbeiter! Regierung einer unumschränkten Diktatur des Kapitals zur Durchführung des Youngplans auf Kosten der werktätigen Massen! Darin ist diese Hindenburg-Regierung die getreue Nachfolgerin ihrer Vorgängerin, der Hermann-Müller-Regierung. In dem Geschäft des Trust- und Finanzkapitals, das sich Reichsregierung nennt, ist teilweise ein Personalwechsel vorgenommen worden. Die sozialdemokratischen Angestellten sind ausgeschieden, dafür sind andere aus dem Rechtslager eingestellt worden. Die Firmeninhaber haben Herrn Hindenburg in dem Reichskanzler auch einen neuen Geschäftsführer ernennen lassen. Dieser las gestern eine Erklärung vor, die den Vorzug hatte, wesentlich kürzer zu sein als die, die von seinem Vorgänger vor ungefähr 21 Monaten, am 3. Juli 1928, hier abgegeben wurde — und die 16 Spalten in dem Reichstagsstenogramm einnimmt. Diese Erklärung, die die jetzige Hindenburg-Regierung abgab, kommt in der Hauptsache auf die Erklärung hinaus: Wir machen so weiter, wie Hermann Müller regiert hat.

Im übrigen gleichen sich die Erklärungen im wesentlichen darin, daß sie mehr dekoratives Beiwerk für einen solchen Personalwechsel sind — ungefähr so wie die Worte, mit denen die abgehenden Minister sich von ihrem Personal verabschieden oder die neu eintretenden Minister ihr Personal begrüßen. Die Firmeninhaber gestatten ihren Angestellten, sich mit solchen Erklärungen der Öffentlichkeit vorzustellen. Es werden darin sehr viele

gute Absichten kundgetan, an deren Erfüllung aber niemand denkt.

Herr Breitscheid sagte am 4. Juli 1928 gegenüber der Erklärung der Müller-Regierung: Regierungserklärungen vergehen und verwehen; worauf es ankommt, das ist der Wille, der dahinter steht. Wir stimmen dem durchaus zu, weil wir den Willen, der hinter der Regierungserklärung steht, nicht etwa bei denjenigen sehen, die diese Erklärung abgeben, sondern bei denjenigen, die sie für ihre Funktion bestimmt und angestellt haben. Ich kann es mir deshalb ersparen, auf den Inhalt der Regierungserklärung näher einzugehen. Ich werte sie damit so, wie sie gemeint ist.

Anders liegt es aber mit dem Personalwechsel in der Regierung, der auf sehr bedeutungsvolle Beweggründe zurückzuführen ist, die nicht in der Regierungserklärung, sondern an anderen Stellen näher dargelegt werden. Dieser Regierungswechsel wie überhaupt die sich oft wiederholende Regierungskrise ist bedingt durch die allgemeine nationale und internationale Wirtschaftskrise, in der sich der Kapitalismus befindet und die ihre Ursache in der Absatzkrise und in den durch den Weltkrieg hervorgerufenen Schwierigkeiten hat. Von der Bourgeoisie werden eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um sich der Auswirkungen dieser Wirtschaftskrise zu erwehren und die Kapitalbildung zu steigern. Zu diesen Maßnahmen gehört die Rationalisierung mit ihrer durch Betriebsstillegungen und Betriebseinschränkungen hervorgerufenen Massenerwerbslosigkeit, ihren Lohnsenkungen, ihrer Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsantreiberei. Dazu gehört die sogenannte Sparpolitik mit ihrem Abbau der sozialen Leistungen im Staate und in den Gemeinden. Dazu gehört auch die Schonung des Großkapitals vor Steuer- und Soziallasten. Es gehören dazu selbstverständlich auch der Zoll- und Mietwucher.

Nun ist es ganz natürlich, daß gegenüber solchen Maßnahmen, die sich katastrophal in der Vermehrung des Elends der werktätigen Massen, in der Herabdrückung ihrer Lebenshaltung auswirken, diese rebellisch werden. Die sich daraus ergebende wachsende Radikalisierung der Werktätigen erschwert es der Bourgeoisie immer mehr, die Massen mit der bürgerlichen „Demokratie“, mit den sozialdemokratischen Phrasen vom „Wirtschaftsfrieden“ und von „Wirtschaftsdemokratie“ zu betrügen und zu

beherrschen. Die werktätigen Massen begreifen, daß es hier nur einen Ausweg gibt: den einheitlichen, entschlossenen Kampf gegen diese Maßnahmen. Weil also die Bourgeoisie die Massen mit der sogenannten Demokratie nicht mehr betrügen und beherrschen kann, muß sie die Wendung zur offenen Diktatur machen. Es ist das wesentliche Kennzeichen der Situation, daß die Bourgeoisie diese taktische Wendung bereits vollzogen hat. Natürlich gibt es eine ganze Menge Leute, die noch an die bürgerliche Demokratie glauben und die diese taktische Wendung noch nicht begriffen haben.

Ich will zum Beweise dafür einige Tatsachen anführen. Die vereinigten Arbeitgeberverbände Niederschlesiens ließen sich am 28. März dieses Jahres auf ihrer Tagung in Liegnitz vom Chefredakteur der „Berliner Börsenzeitung“, Walter Funk, einen Vortrag über Wirtschaft und Politik halten. In diesem Vortrag hieß es unter anderem:

Die wirtschaftlichen Probleme in Deutschland sind so schwierig und von so schicksalhafter Bedeutung, daß sie nur von einer starken, durch Parteirücksichten nicht gehemmten Regierungsgewalt und nur ganz systematisch und rigoros von einer zentralen Macht- und Kraftstelle aus gelöst werden können.

Diese jungen Leute, die das Unternehmertum zu solchen Vorträgen heranzieht, sind natürlich ganz genau auf die Pläne des Trust- und Finanzkapitals dressiert. Es heißt weiter:

Wir stehen ohne Zweifel an einem Wendepunkt des wirtschaftlichen Geschehens in der Welt, der sich in Deutschland infolge der vielfach völlig anormalen Gestaltung des Wirtschaftslebens besonders nachhaltig auswirken wird und an die Führung der Wirtschaftspolitik ganz besonders hohe Anforderungen stellt . . . Die Staatsidee selbst und insbesondere das parlamentarische Regierungssystem haben unter diesen wirtschaftlichen Tendenzen Schaden genommen . . . Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung sein, die Starrheit des Tarifsystems in der Lohnpolitik zu beseitigen.

Das ist sehr deutlich. Noch deutlicher wird aber der Reichsverband der deutschen Industrie in seiner Denkschrift, die er im

Dezember 1929 zur Wirtschafts- und Finanzreform herausgegeben hat und die seine Anweisungen für die Regierung enthält. In dieser Denkschrift sind die Spezialforderungen aufgestellt, die zur Senkung der öffentlichen Ausgaben und Steuern, zur Steigerung der indirekten Steuern, zum Abbau der Sozialpolitik, zur Erhöhung der Zölle und Massensteuern, zum Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und zur Steigerung des Miet- und Preiswuchers durchgeführt werden sollen. An der Spitze dieser Forderungen heißt es:

Ausgangspunkt für alle Maßnahmen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist unter den für die deutsche Wirtschaft gegebenen Umständen die Förderung der Kapitalbildung.

Die Kapitalbildung ist das Motiv für alle diese Forderungen. Um diese zu ermöglichen, sollen alle die Maßnahmen ergriffen werden, die ich schon angedeutet habe und auf die im einzelnen einzugehen ich mir aus Mangel an Zeit ersparen muß. Es ist auch allgemein bekannt, was der Reichsverband der deutschen Industrie will.

Aber damit auch das Finanzkapital mit seinen Anweisungen an die Regierung nicht fehle, möchte ich auf den Geschäftsbericht der Danatbank von Ende März 1930 hinweisen, wo es sehr eindeutig heißt:

Mehr und mehr wächst die Einsicht, daß wir die privatwirtschaftlichen Grundlagen unseres Landes völlig zerstören, wenn wir fortfahren, parteipolitisch bedingten staatlichen und sozialen Wünschen, unbekümmert um die Kräfte und Einnahmemöglichkeiten der Wirtschaft, ein williges Ohr zu leihen.

Besonders lobend wird darin hervorgehoben, daß die gesamte Belegschaft des Stahlwerkes Becker von sich aus an die Werkleitung mit dem Angebot herangetreten sein soll, mit einer zehn- bis fünfzehnprozentigen Lohnsenkung einverstanden zu sein, um so das große Werk vor der Stilllegung zu bewahren.

Es heißt weiter:

Es muß als ein besonders erfreuliches Symptom verbucht werden, wenn zum Beispiel im Novemberheft 1929 der „Sozialisti-

schen Monatshefte" in einem Artikel „Kapitalbildung" folgende Sätze veröffentlicht wurden:

Wer arm ist, kann nur durch Sparen und Arbeiten wieder zu Wohlstand gelangen, nicht aber durch gesteigerten Güterverbrauch.

Diese Binsenwahrheit muß man leider gegenüber manchen Volkswirtschaftslehrern in unseren eigenen Reihen heute ausdrücklich betonen.

So spricht und handelt die Sozialdemokratie im Interesse der Kapitalbildung! — Weiter wird in dem Bericht dargelegt, wie die Kapitalbildung gefördert werden soll. Die Beseitigung der Kapitalertragssteuer und die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungsbau sollten endlich und schnellstens durchgeführt werden. An einer anderen Stelle wird gesagt:

Der Zustand tiefgehender Depression hält auch im Augenblick der Niederschrift dieses Berichts an, Denken und Handeln im Wirtschafts- und öffentlichen Leben beherrschend, trotzdem in der Zwischenzeit gewichtige Ursachen der Krise beseitigt oder ihre allmähliche Entfernung durch die seither beschrittenen Wege der Gesundung erkennbar sind.

Herr Jakob Goldschmidt, der diesem Bankkonsortium angehört und den Bericht unterzeichnete, beschwert sich über den vorhandenen Pessimismus. Er hat allerdings alle Ursache, Optimist zu sein angesichts des Reingewinns von 11,8 Millionen Mark, den die Danatbank im letzten Jahre erzielte.

Die Auffassung eines „Pessimisten" will ich aus dem „Berliner Tageblatt" vom 28. März 1930 zitieren, wo in einem Artikel „Stimmungen und Gefahren" gesagt wird:

Deutschland aber steht vor Gefahren . . . Es gilt, die Gefahren zu erkennen . . . Da ist zunächst die soziale Gefahr. Arbeitslosigkeit und Lohndruck können sie vergrößern und auslösen.

Ganz kraß wird auf die Notwendigkeit der Lohnsenkung hingewiesen. Es heißt darüber:

Der direkte Druck auf die Löhne ist heute noch keine Realität,

aber vielleicht wird er bald eine werden . . . So wird sich der Druck über kurz oder lang gegen die Löhne selbst richten, die im Durchschnitt schon heute nicht so hoch sind, wie man es aus sozialen, kulturellen und politischen Gründen wünschen müßte . . . Diese Tatsache nicht erkennen und die Selbstbehauptungsansprüche der Arbeiterschaft als „verderblichen Marxismus“ bagatellisieren, heißt den Bogen überspannen, die Radikalisierung der Massen fördern, die antirevolutionären Instinkte der Arbeiterschaft töten und große soziale Gefahren heraufbeschwören . . . Es wächst die Macht der kommunistischen Ideen über Teile der deutschen Arbeiterschaft, bei aller ihrer Vernunft, mit jeder Vergrößerung der sozialen Schwierigkeiten.

Über die andere Gefahr, die der Artikelschreiber sieht, heißt es:

Neben der Szylla der sozialen Gefahr besteht die Charybdis der Hungersnot an Kapital . . . Aber Deutschland ist in seiner Kapitalbildungspolitik nicht frei. Die deutschen Grenzen sind nämlich offen für die Flucht von allzu hoch besteuerten Kapitalien ins Ausland, und keine Gesetze und Strafen können sie, wie wir alle aus der Inflation wissen, jemals gegen den fliehenden Kapitalisten verschließen. So muß die Finanzpolitik wohl oder übel auf möglichst große Schonung des Großkapitals und der höheren Einkommen ausgehen.

Das zeigt sehr deutlich die beiden Pole der Finanzpolitik der Regierung: Lohnsenkung und Schonung des Großkapitals. Damit glaube ich, zur Genüge das wirkliche Programm der neuen Regierung gekennzeichnet zu haben. Das steht zwar nicht in ihrer Erklärung, aber das ist der „Wille“ der Trust- und Finanzkapitalisten, der hinter dieser Erklärung steht. Er ist eingestellt auf Kapitalbildung, auf Steigerung des Absatzes, auf die „Verbilligung“ der Produktion durch Lohnsenkung, Arbeitszeitverlängerung, Abbau der Sozialversicherung — ferner auf die Entlastung des Kapitals durch die Senkung der Kapitalsteuern und Erhöhung der direkten und der indirekten Massensteuern, durch Zoll- und Mietwucher. Dazu kommt die Knebelung der Massen, wie sie auch schon von der Müller-Regierung durchgeführt wurde, durch den Schlichtungszwang, durch Polizeiterror und Klassenjustiz,

durch das Republikenschutzgesetz. Dazu kommen außenpolitisch das imperialistische Machtstreben, die Vorbereitung neuer Kriege und gemeinsam mit den anderen imperialistischen Mächten die Angriffspläne gegen die Sowjetunion. Das ist das eigentliche Regierungsprogramm dieser, wie der vorangegangenen, wie jeder folgenden kapitalistischen Regierung.

Daß die jetzt gebildete Regierung dieses Programm des Trust- und Finanzkapitals durchführen wird, dafür bürgt die Auswahl der Personen, die das Kapital getroffen hat. Ich kann nicht die ganze Galerie der zwölf „Köpfe“ — nein, Köpfe will das Kapital nicht haben, man sagt höflich Kabinett der „Persönlichkeiten“ — Revue passieren lassen. Nur einige will ich herausgreifen, weil sie die prominenten Vertreter der Parteien sind, die hinter der Regierung stehen. Herr Hindenburg hat zwar gesagt, die Regierung solle koalitionsmäßig nicht gebunden sein, und Herr Brüning sagte das gestern auch. Aber das ist nur eine Rückversicherung der Parteien. Jede will bei den bevorstehenden Wahlen freie Hand haben und nicht durch die Regierung belastet sein. Die werktätigen Massen werden sich aber dadurch nicht täuschen lassen; auch nicht dadurch, daß Herr Schiele sogar sein Mandat niedergelegt hat und aus dem Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschieden ist.

Ich fange also mit dem Leiter dieser Regierung an, mit dem Reichskanzler Brüning, der der prominente Vertreter des Zentrums ist. Vier weitere Minister sind aus dieser Partei außerdem noch dabei — wenn ich die Vertreter der Bayrischen Volkspartei einrechne —, so daß in dieser Regierung von zwölf Mann fünf Zentrumsvertreter vorhanden sind. Man kann also mit Recht sagen, daß das Zentrum die volle Verantwortung für diese Regierung trägt.

Die Politik des Zentrums ist sicher sehr schlau, schlau berechnet auf die Täuschung der Massen, aber auch gut berechnet auf die Täuschung ihrer eigenen Koalitionspartner. Die SPD kann von dieser Täuschung ein Lied singen — in Preußen wie in der Reichsregierung. Die Tatsache kann das Zentrum aber nicht verschleiern, daß seine ganze Politik nur auf Begünstigung des Kapitals und Ausplünderung der Massen eingestellt ist. Ich verweise nur auf die Zollpolitik, die Massenbelastungen, den Miet-

wucher, den Abbau der Sozialpolitik. Alle diese die werktätigen Massen schwer bedrückenden Maßnahmen haben ihren Ausgang in der Zentrumsparlei gefunden. Wenn man diese Politik dort studiert, wo das Zentrum beherrschend ist — wie zum Beispiel in den Städten des Rheinlandes —, dann wird man feststellen, daß in diesen Kommunen die Sozialtats ungeheuer verschlechtert wurden. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) In Essen wurden allein 8 Millionen vom Sozialetat gestrichen. In allen Kommunen — allerdings mit Unterstützung der Sozialdemokratie — wurden abgebaut oder eingeschränkt: die Schulspeisung, der Erholungs- und Heilstättenaufenthalt, die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge, die Säuglings- und Kinderfürsorge, die Fürsorge für die erwerbslose Jugend, die Krisenfürsorge, die Sätze für Wohlfahrt- und Pflichtarbeiter, die Krankenkassenzuschüsse, die Wohnungsbaudarlehen, der Wohnungsbau für kinderreiche Familien. Statt dessen wurden erhöht: die Gewerbesteuer, das Wassergeld, die Gaspreise, die Straßenbahnfahrpreise, die Straßenreinigungs- und Müllabfuhrkosten. Alles das sind Maßnahmen, die sich zum Schaden der werktätigen Massen auswirken müssen. Dies ist die Politik der Zentrumsparlei.

Führende Zentrumsindustrielle gehen in den Betrieben mit aller Rigorosität gegen die Arbeiter vor. Tausende von Arbeitern wurden auf das Straßenpflaster geworfen; Feierschichten wurden eingelegt, ohne den Arbeitern eine Entschädigung durch Erhöhung der Löhne zu gewähren, wohl aber wurde die gleiche Leistung verlangt.

Typisch für die Auffassungen der Zentrumsparlei sind folgende Ausführungen, die in einem ihrer offiziellen Dokumente über die Wohlfahrtspflege in Essen 1929 gemacht wurden. Es heißt dort, daß der Wohlfahrtspflege eine Grenze gesetzt und diese Grenze bereits überschritten sei. Weiter heißt es:

Es ist eben, um das mit nackten Worten auszudrücken, höchste Zeit, daß beachtliche Teile der Bevölkerung wieder lernen, nicht immer gleich bei jeder für sie zunächst schwierigen Lage Kostgänger der Öffentlichkeit sein zu wollen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.)

Das ist ein deutlicher Hinweis auf die hungernden Erwerbs-

losenmassen, die als „Kostgänger der Öffentlichkeit“ bezeichnet werden. Man beschimpft sie, wenn sie in ihrer Notlage genötigt sind, die öffentliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Das ist die Zentrumspolitik, das ist die Politik, die jetzt ein Zentrumsreichskanzler in der Regierung führen wird. Aber diese Tatsachen werden auch die Zentrumsarbeiter immer mehr begreifen. Daß es dem Zentrum nicht mehr gelingt — auch nicht mit dem dicksten Nebel der religiösen Ideologie —, diese Tatsachen zu verschleiern, haben seine Mandatsverluste bei den letzten Reichstagswahlen bewiesen.

Zweifellos hat das Zentrum mit dieser Regierungsbildung einen gewissen Sieg errungen. Es wird sicher seinen gesteigerten Einfluß in der Reichsregierung für die Bestrebungen des Vatikans in Deutschland auszunutzen versuchen. Diesen Bestrebungen wurde auch von der Sozialdemokratischen Partei bisher keinerlei Widerstand entgegengesetzt, sondern sie hat im Gegenteil kaum noch zu überbietende Zugeständnisse gemacht — ich verweise nur auf den Abschluß des Konkordats.

Wieweit sich der Einfluß des Zentrums in der Regierung auch außenpolitisch auswirken wird, besonders gegen die Sowjetunion, muß abgewartet werden. Die Vorstöße des Vatikans lassen nach dieser Richtung hin allerlei erwarten. Ob aber diese Vormachtstellung des Zentrums in der gegenwärtigen Regierung ihm die verlorenen Mandate zurückbringen wird, ist sehr zweifelhaft. Die Kommunisten werden in den Zentrumsgegenden alles tun, um das zu verhindern.

Nun zu den Deutschnationalen und den mit ihnen verbündeten Nazis. Darüber, daß auch diese Regierung die Aufgabe der Durchführung des Youngpaktes hat, besteht kein Zweifel. Das ist ausdrücklich in der Regierungserklärung, wenn auch verschämt, angedeutet. Die Tatsache, daß die Deutschnationalen Herrn Schiele in die Regierung eintreten ließen, läßt wohl darauf schließen, daß sie eine Korrektur ihrer ablehnenden Stellung zum Youngplan beziehungsweise zu seiner Erfüllung vorgenommen haben oder eine solche Korrektur beabsichtigen. Darauf ist auch das Liebeswerben des Herrn Reichskanzlers Dr. Brüning um die Gunst des Herrn Hugenberg zurückzuführen, vielleicht auch der Antrag, die Verhandlungen zu vertagen, der gestern im Plenum des Reichstages

wucher, den Abbau der Sozialpolitik. Alle diese die werktätigen Massen schwer bedrückenden Maßnahmen haben ihren Ausgang in der Zentrumsparlei gefunden. Wenn man diese Politik dort studiert, wo das Zentrum beherrschend ist — wie zum Beispiel in den Städten des Rheinlandes —, dann wird man feststellen, daß in diesen Kommunen die Sozialtats ungeheuer verschlechtert wurden. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) In Essen wurden allein 8 Millionen vom Sozialetat gestrichen. In allen Kommunen — allerdings mit Unterstützung der Sozialdemokratie — wurden abgebaut oder eingeschränkt: die Schulspeisung, der Erholungs- und Heilstättenaufenthalt, die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge, die Säuglings- und Kinderfürsorge, die Fürsorge für die erwerbslose Jugend, die Krisenfürsorge, die Sätze für Wohlfahrt- und Pflichtarbeiter, die Krankenkassenzuschüsse, die Wohnungsbaudarlehen, der Wohnungsbau für kinderreiche Familien. Statt dessen wurden erhöht: die Gewerbesteuer, das Wassergeld, die Gaspreise, die Straßenbahnfahrpreise, die Straßenreinigungs- und Müllabfuhrkosten. Alles das sind Maßnahmen, die sich zum Schaden der werktätigen Massen auswirken müssen. Dies ist die Politik der Zentrumsparlei.

Führende Zentrumsindustrielle gehen in den Betrieben mit aller Rigorosität gegen die Arbeiter vor. Tausende von Arbeitern wurden auf das Straßenpflaster geworfen; Feierschichten wurden eingelegt, ohne den Arbeitern eine Entschädigung durch Erhöhung der Löhne zu gewähren, wohl aber wurde die gleiche Leistung verlangt.

Typisch für die Auffassungen der Zentrumsparlei sind folgende Ausführungen, die in einem ihrer offiziellen Dokumente über die Wohlfahrtspflege in Essen 1929 gemacht wurden. Es heißt dort, daß der Wohlfahrtspflege eine Grenze gesetzt und diese Grenze bereits überschritten sei. Weiter heißt es:

Es ist eben, um das mit nackten Worten auszudrücken, höchste Zeit, daß beachtliche Teile der Bevölkerung wieder lernen, nicht immer gleich bei jeder für sie zunächst schwierigen Lage Kostgänger der Öffentlichkeit sein zu wollen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.)

Das ist ein deutlicher Hinweis auf die hungernden Erwerbs-

losenmassen, die als „Kostgänger der Öffentlichkeit“ bezeichnet werden. Man beschimpft sie, wenn sie in ihrer Notlage genötigt sind, die öffentliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Das ist die Zentrums politik, das ist die Politik, die jetzt ein Zentrumsreichskanzler in der Regierung führen wird. Aber diese Tatsachen werden auch die Zentrumsarbeiter immer mehr be greifen. Daß es dem Zentrum nicht mehr gelingt — auch nicht mit dem dicksten Nebel der religiösen Ideologie —, diese Tatsachen zu verschleiern, haben seine Mandatsverluste bei den letzten Reichstagswahlen bewiesen.

Zweifellos hat das Zentrum mit dieser Regierungsbildung einen gewissen Sieg errungen. Es wird sicher seinen gesteigerten Einfluß in der Reichsregierung für die Bestrebungen des Vatikans in Deutschland auszunutzen versuchen. Diesen Bestrebungen wurde auch von der Sozialdemokratischen Partei bisher keinerlei Widerstand entgegengesetzt, sondern sie hat im Gegenteil kaum noch zu überbietende Zugeständnisse gemacht — ich verweise nur auf den Abschluß des Konkordats.

Wieweit sich der Einfluß des Zentrums in der Regierung auch außenpolitisch auswirken wird, besonders gegen die Sowjetunion, muß abgewartet werden. Die Vorstöße des Vatikans lassen nach dieser Richtung hin allerlei erwarten. Ob aber diese Vormachtstellung des Zentrums in der gegenwärtigen Regierung ihm die verlorenen Mandate zurückbringen wird, ist sehr zweifelhaft. Die Kommunisten werden in den Zentrumsgebieten alles tun, um das zu verhindern.

Nun zu den Deutschnationalen und den mit ihnen verbündeten Nazis. Darüber, daß auch diese Regierung die Aufgabe der Durchführung des Youngpaktes hat, besteht kein Zweifel. Das ist ausdrücklich in der Regierungserklärung, wenn auch verschämt, angedeutet. Die Tatsache, daß die Deutschnationalen Herrn Schiele in die Regierung eintreten ließen, läßt wohl darauf schließen, daß sie eine Korrektur ihrer ablehnenden Stellung zum Youngplan beziehungsweise zu seiner Erfüllung vorgenommen haben oder eine solche Korrektur beabsichtigen. Darauf ist auch das Liebeswerben des Herrn Reichskanzlers Dr. Brüning um die Gunst des Herrn Hugenberg zurückzuführen, vielleicht auch der Antrag, die Verhandlungen zu vertagen, der gestern im Plenum des Reichstages

viranus entsprechend, alle Maßnahmen, die Severing gegen die thüringische Regierung ergriffen hat, rückgängig machen?

Das sind gewiß peinliche Fragen, die hier von Herrn Hugenberg an die Regierung gestellt werden. Aber er würde sich sicher nicht der Mühe unterzogen haben, diese Fragen zu formulieren, wenn er nicht zugleich die Absicht hätte — falls die Regierung diese Fragen in seinem Sinne beantwortet oder die Durchführung der gewünschten Maßnahmen in Aussicht stellt —, dieser Youngpakt-Regierung die Existenz zu ermöglichen.

Nun noch einige Worte über den deutschnationalen „Vernunftrepublikaner“, den Volkskonservativen Treviranus! Er ist ein strammer Stahlhelmann, der dieser Organisation von ihrem Beginn an angehört. Deshalb setzt er sich auch so sehr dafür ein, daß Herr Frick in Thüringen keine Schwierigkeiten gemacht werden. Er hat auch gegen das Republikenschutzgesetz gestimmt, wird es aber jetzt durchführen. Er schrieb am 1. November 1929 den bewußten Brief — der seinen Hinauswurf aus der Deutschnationalen Volkspartei herbeiführte —, in dem er darlegte, welche Absichten das Zentrum mit der Sozialdemokratie habe:

Das Zentrum wartet — dafür kann ich mich verbürgen — nur auf die Klärung in der Rechten, um den Bruch mit der Sozialdemokratie aufzunehmen und eine durchgreifende Reichs- und Finanzreform mit uns im Bunde durchzuführen. Die Person Hugenbergs und die Tendenz der Alldeutschen gilt wie beim Reichspräsidenten als unübersteigliches Hindernis.

Hieraus geht hervor, daß Herr Treviranus sehr gut über die Pläne und Absichten des Zentrums informiert war. In einer anderen Äußerung, die er in den letzten Tagen in seinen „Volkskonservativen Stimmen“ machte, schätzt er die gegenwärtige Situation wie folgt ein:

Hier geht mehr vor sich als einer der Regierungswechsel, wie sie das parlamentarische System nun einmal mit sich bringt. Wir Volkskonservativen haben auf diese Entscheidung gewartet, das ist oft genug gesagt worden, ja, wir haben manches getan, sie zum Nutzen des Vaterlandes zu beschleunigen. Wenn dieser Versuch scheitert, wenn die sicher zu erwartenden Widerstände un-

überwindbar werden sollten, dann sind alle legalen Möglichkeiten zu einer Ordnung des deutschen Lebens erschöpft, dann bleibt nur noch Chaos oder Diktatur. Das ist der Sinn der Stunde.

Das ist sehr deutlich. Und da der Herr Reichskanzler ziemlich enge freundschaftliche Beziehungen zu Herrn Treviranus haben soll, so schließt man wohl nicht fehl, daß er auch diesen Anschauungen huldigt.

Herr Treviranus soll auch ein sehr anglophiler Herr sein, wohl schon von Geburt aus. Das hat ihn sicher nicht gehindert, als Marineoffizier während des Krieges kräftig in den Ruf „Gott strafe England!“ einzustimmen. Das hindert ihn aber auch nicht, sich jetzt als Mittelsmann zwischen der deutschen und der englischen Regierung zu betätigen. Er soll sogar die Absicht haben, seinen Freund Lindeiner-Wildau als Botschafter nach London zu lancieren. Daß sich Herr Treviranus auch als besonderer Mittelsmann der deutschen Regierung für die sowjetfeindliche Stellungnahme der englischen Regierung betätigen wird, muß bei seinem Verhalten als gegeben angesehen werden.

So hat sich in dieser Regierung ein Kollegium zusammengefunden, das sicher allen Wünschen des Finanzkapitals ebenso entspricht, wie es bei der Müller-Regierung der Fall war. Es steht zwar noch dahin, ob die Regierung für ihre Erklärung im Reichstage eine Mehrheit finden wird. Der fraktionelle Rückhalt in den 193 Abgeordneten, die von den 490 hinter der Regierungsbildung stehen, ist sehr schwach. Aber darum werden diese Erklärungen abgegeben, darum wird so geworben, werden den Deutschnationalen alle möglichen Versprechungen bezüglich der Landwirtschaft gemacht, damit wenigstens mit Hilfe der Deutschnationalen diese Regierung ihre Arbeit aufnehmen kann.

Herr Brüning hat freilich kühn angedroht, diese Regierung sei der letzte Versuch mit diesem Reichstage — das heißt also die Auflösung des Reichstages, wenn die Erklärung keine Annahme findet.

Wir Kommunisten scheuen die Auflösung nicht, sondern wir fordern sie, wir wollen die Auflösung mit unserem Mißtrauensantrag erzwingen, damit auch durch die Wahlbewegung die werktätigen Massen in noch größerem Umfange als bisher auf

die unerhörten Anschläge aufmerksam gemacht werden, die gegen ihre Lebenshaltung unternommen werden sollen und unternommen werden. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Von den bürgerlichen Parteien werden alle möglichen Versuche angestellt, diese Auflösung zu umgehen. Man wirft verfassungsrechtliche Fragen auf. Man hat auch den Vorschlag gemacht, die Regierungserklärung nur zur Kenntnis zu nehmen und dann zu beschließen, über alle Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Wir werden diesen Versuchen in diesem Hause den entschiedensten Kampf entgegenstellen. Aber erst im Wahlkampf wird über diese Politik von den Massen entschieden werden.

Man hat die Anwendung des Artikels 48 erörtert. Ich muß schon sagen, die Sozialdemokraten sind die Unberufensten, etwa der Regierung hier Vorhaltungen zu machen, daß sie die Anwendung des Artikels 48 beabsichtige. Gerade die sozialdemokratische Regierung war es doch, die immer wieder durch Herrn Severing mit der Anwendung des Artikels 48 gedroht hat. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Also kann der Protest nicht ernst genommen werden, der von der Sozialdemokratie hier erhoben wird.

Auch die Demokraten haben große Bedenken. Es ist verständlich, sie haben immer noch nicht begriffen, wohin das Großkapital will, daß es auf die nackte Diktatur hinsteuert, und sie möchten noch immer den demokratischen Schein wahren, um sich ihre Anhängerschaft zu erhalten. Das Kapital geht aber ganz offen auf die Diktatur aus, und auch die Vorschläge zur Wahlreform sind von dem Willen diktiert, mit dem ganzen demokratischen Kulissenzauber aufzuräumen.

Man braucht nur daran zu denken, was die Sozialdemokratie bei Ausgang der ersten Regierung der Großen Koalition im Jahre 1923 gemacht hat, als sie der nachfolgenden Rechtsregierung¹ die Ermächtigung erteilte, Verordnungen nach Belieben zu erlassen. Mit diesen Ermächtigungsgesetzen ist der Achtsturentag stranguliert, der Personalabbau durchgeführt worden. Daraufhin sind von der Regierung die unerhörtesten Anschläge gegen die arbeitenden Massen unternommen worden.

¹ Diese Regierung wurde ausschließlich von den bürgerlichen Parteien gebildet. Die SPD war an ihr nicht beteiligt. *Die Red.*

Nun zu dem Kapitel, wie es zu dem Regierungswechsel kam. Herr Breitscheid hat darüber recht larmoyant und pastoral geredet. Aus seiner ganzen Rede klang der Ton der gekränkten Leberwurst heraus — wie die Sozialdemokratie durch das Zentrum übertölpelt worden sei, wie man sich gegenseitig nicht die Treue in den Anschlägen gegen die Arbeiterklasse gehalten habe und was hier alles sonst noch von Herrn Breitscheid darüber gesagt wurde. Die Rede des Herrn Breitscheid war darauf eingestellt, den Parteien, mit denen die SPD bisher gemeinsam die Regierung bildete, zu sagen: Ihr braucht unseren Mißtrauensantrag gar nicht so ernst zu nehmen, wir sind zwar dazu genötigt, aber wir meinen das gar nicht so. Wir sind gern bereit, jederzeit mit euch wieder im vollsten Vertrauen zu arbeiten, wenn ihr uns nur wieder in eure Gemeinschaft aufnehmt. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Nun wird gestritten, ob die SPD, die sozialdemokratischen Minister, von den anderen Parteien einen Fußtritt bekommen haben, ob das Zentrum sie herausmanövriert habe oder ob die SPD ausgetreten sei, um sich vor der Durchführung und den Auswirkungen des Youngplans zu drücken, ob das Kabinett von der SPD wegen der Arbeitslosenversicherung gesprengt wurde, ob Herr Moldenhauer das Kabinett gesprengt habe oder ob Herr Borsig Herrn Moldenhauer dazu veranlaßt habe. Eine Reihe solcher Fragen werden aufgeworfen. Es lassen sich darüber viele und sehr lange Leitartikel schreiben. Aber es ist sehr unwesentlich, aus welchen Gründen dieser Regierungswechsel herbeigeführt wurde. Das Wesentliche ist, daß die SPD in der Hermann-Müller-Regierung die gleiche Politik gegen die werktätigen Massen getrieben hat, wie sie von der Brüning-Regierung fortgesetzt werden wird. Herr Breitscheid hat hier gejammert, welch große Opfer die Sozialdemokraten um dieser lieben Koalition willen gebracht haben. Nun, die Opfer haben doch nicht etwa die Herren gebracht, die regiert haben; für die hat sich die Sache doch materiell gelohnt („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.), die Opfer haben vielmehr die breiten werktätigen Massen gebracht, sie tragen die Kosten dieser verhängnisvollen Politik der Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien.

In dem Finanzprogramm, das Herr Hilferding im Dezember vorigen Jahres vorlegte, sind alle die unerhörten Belastungen

der werktätigen Massen vorgesehen, alle die unerhörten Begünstigungen des Kapitals. Der Abbau der Sozialfürsorge, der Zollwucher, die Annahme des Youngpakts, das Republikschutzgesetz, alles das wurde von der Sozialdemokratie gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien beschlossen. Der Panzerkreuzer wurde gebaut trotz entgegengesetzter Versprechungen während der Wahlbewegungen. Von Herrn Severing wurde das RFB-Verbot durchgeführt. Gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien betreibt die Sozialdemokratie ihre Hetze gegen die Sowjetunion. Das betrifft alle sozialdemokratischen Führer, ob sie sich vor den Massen als links gerieren oder nicht.

Nun hat Herr Breitscheid hier breit erzählt, die Frage der Arbeitslosenversicherung, die Erhöhung der Beiträge und der Leistungsabbau seien der Anlaß gewesen, weshalb es zum Krach in der Regierung gekommen sei; die Sozialdemokratie hätte da nicht mehr mitmachen können. Das ist aber nicht ernst zu nehmen; denn wenn man sich vergegenwärtigt, was die Sozialdemokratie bisher schon an Abbau der Erwerbslosenfürsorge unternommen hat, so ist nicht einzusehen, daß diese Sozialdemokraten den bürgerlichen Parteien aus eigenem Antriebe die weitere Gefolgschaft verweigert haben sollen. In Wahrheit ist es die Agitation der Kommunisten, die sich auf die werktätigen Massen auswirkt und die sie verstehen läßt, was es bedeutet, daß bei der wachsenden Erwerbslosigkeit die Leistungen der Arbeitslosenversicherung fortgesetzt herabgedrückt werden. Dieser Einfluß der Kommunisten auf die Massen wirkt sich selbstverständlich am ehesten dort aus, wo die sozialdemokratischen Führer mit den Massen in nähere Berührung kommen — in den Gewerkschaften. In den Gewerkschaften zeigte sich die wachsende Opposition gegen diese verhängnisvolle Koalitionspolitik der SPD. Darum ist verständlich, daß der ADGB genötigt wurde, den sozialdemokratischen Ministern zu sagen: Wir müssen endlich einmal, wenn auch nur vorübergehend, mit dem fortgesetzten Abbau der Erwerbslosenfürsorge haltmachen. Sie haben damit zwar bei den sozialdemokratischen Ministern Müller, Severing und Schmidt wie auch beim Parteivorstand sehr wenig Verständnis gefunden. Die Herren sagten sich: Warum sollen wir jetzt über 1/4 Prozent Beitragserhöhung stolpern, wo wir doch schon so sehr viel mehr

gegen die Erwerbslosen verbrochen haben? Aber die sozialdemokratische Fraktion mußte sich doch dem Druck der Massen fügen. Der Druck der Massen auf die SPD macht sich zum Grauen der Kapitalisten und der bürgerlichen Parteien immer mehr bemerkbar.

Das ist auch der Grund, warum jetzt unter Führung der SPD die Diktaturgesetze gegen die Arbeiter in den Kommissionen durchgeführt werden. Das sogenannte Selbstverwaltungsgesetz für Groß-Berlin soll dem wachsenden Einfluß der Kommunisten auf die werktätigen Massen begegnen. Die Sozialdemokraten sollen und wollen aus der Zwangslage befreit werden, in der sie sich infolge dieses Drucks befinden. Darum die Flucht in die Geheimkammern, darum die Beseitigung des Einflusses der werktätigen Massen auf die Gemeinden.¹

Das ist der eigentliche Grund, warum die SPD vorläufig nicht den weiteren Abbau der Erwerbslosenversicherung mitmachen konnte und es zu dem Regierungskonflikt kommen ließ.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß das Zentrum und die bürgerlichen Parteien seit langem darauf hingewirkt haben, die Sozialdemokratie aus der Regierung auszuschiffen, um den Rechtsparteien den Eintritt in die Regierung zu ermöglichen. Es soll mit drakonischen gesetzlichen Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse vorgegangen werden. Die bürgerlichen Mittelparteien befürchten, daß die Sozialdemokratie, wenn sie diese Politik gegen die Arbeiter weiter offen als Regierungspartei mitmacht, ihren Anhang unter den Arbeitern noch mehr als bisher verliert, daß sie immer weniger imstande sein wird, die werktätigen Massen vom Kampf zurückzuhalten, und nicht mehr verhindern kann, daß sie sich der Führung der Kommunistischen Partei anschließen. Das ist eine große Gefahr für die Bourgeoisie.

Die Sozialdemokratie befindet sich da zweifellos in einer schwierigen Lage. Das Pathos, mit dem Herr Breitscheid schloß: „Auf in den Wahlkampf!“ ist hohl und ohne innere Kraft; denn die 21 Monate der Großen Koalition haben den werktätigen Massen an Erfolgen nichts, aber auch gar nichts gebracht. Was die Sozialdemokratie im Wahlkampf und in der Regierungserklärung den Massen versprach, ist nicht durchgeführt worden. Nicht einmal der Versuch wurde dazu gemacht. Wenn also Wahlen

¹ Siehe Seite 510/511 des vorliegenden Bandes. *Die Red.*

kommen sollten, so kann die Sozialdemokratie nicht mit positiven Erfolgen ihrer Koalitionspolitik vor die werktätigen Massen treten. Im Gegenteil, positive Erfolge hat die Bourgeoisie, ungeheuren Schaden haben die Werktätigen.

Die Sozialdemokratie hat schon eine solche Periode der Großen Koalition hinter sich. Das war 1923, die Zeit nach dem Sturz der Cuno-Regierung. Damals hat die Sozialdemokratie gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien ebenfalls alle Maßnahmen beschlossen, die zu einer unerhörten Herabdrückung der Lebenshaltung der werktätigen Massen führten. Auch damals wurde Herr Hilferding zuerst aus der Regierung hinausgeworfen. Als dann auch noch die anderen Sozialdemokraten ausgeschifft wurden, gaben trotzdem die Sozialdemokraten im Reichstage der nachfolgenden Regierung die Ermächtigungsgesetze. Bei den Maiwahlen 1924 haben sie die Quittung von den werktätigen Massen bekommen. Wenn man die Aufteilung der ehemals Unabhängigen auf die Sozialdemokraten und die Kommunisten berücksichtigt, so haben die Sozialdemokraten 1½ Millionen Stimmen verloren, die die bürgerlichen Parteien an sich zogen.

So ist also der Kampfruf der Sozialdemokratie auf Neuwahlen nicht ernst zu nehmen. Sie wird alles versuchen, die Auflösung des Reichstages zu verhindern. Allerdings hat sie sich schon so weit festgelegt, daß eine Abkehr von ihrer Stellungnahme den Trug und Lug ihrer Politik nur noch mehr offenbaren würde.

Was die Sozialdemokratie im Grunde mit ihrem Austritt aus der Regierung bezweckt, das hat Herr Breitscheid schon am 4. Juli 1928 ausgesprochen, als hier über die Erklärung des Kabinetts Hermann Müller debattiert wurde. Er sagte:

Koalition und Opposition ist nichts, was sich in seinen Zielen widerspräche. Das Ziel bleibt dasselbe; das Ziel ist die Verwirklichung unserer Forderungen, und nur die Methoden wechseln.

Die Forderungen der Sozialdemokratie haben sich aber gegenüber der Vorkriegszeit sehr gewandelt. Sie haben die Klassenkampforderungen preisgegeben und an ihre Stelle die Forderung der gelben Gewerksvereine, die Phrase von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit gesetzt. Sie wenden auch wie die gelben Gewerksvereine das Streikbrechertum als Mittel des

Kampfes gegen die revolutionären Arbeiter und gegen die Kommunisten an.

Welches Ziel verfolgt die Sozialdemokratie bei ihrer Politik? Sie will die Arbeiterklasse an ihrem Siege hindern, sie will die Arbeiterklasse kampfunfähig machen, die Bourgeoisie vor dem Bolschewismus bewahren, die kapitalistische Republik schützen — sie ist die Wegbereiterin der offenen faschistischen Diktatur. Das ist der eigentliche Sinn der Politik der Sozialdemokratie. Wenn Herr Scholz auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei erklärt hat, daß das Regieren ohne oder gegen die Sozialdemokratie auf die Dauer unmöglich sei, so kennt er eben die Aufgabe, die die Sozialdemokratie für die Bourgeoisie zu erfüllen hat. Er weiß aber auch, daß ihre Opposition nicht ernst gemeint ist, daß sie nur den Wiedereintritt in die gleiche Koalition vorbereiten soll.

Wir Kommunisten werden alles daransetzen, die Täuschungsmanöver der Sozialdemokratie gegenüber den Massen unmöglich zu machen. Wir werden verhindern, daß die Sozialdemokratie die Massen über die eigentlichen Beweggründe ihrer „Opposition“ täuscht. Der Aufruf, den der Parteivorstand der Sozialdemokratie nach dem Zusammenbruch der Regierung erlassen hat, strotzt von unwahren Behauptungen und Betrügereien gegenüber den werktätigen Massen; die Sozialdemokratie hätte gegen die Verschlechterungen der Sozialpolitik ein Haltesignal aufgerichtet, ihre Bereitschaft zu gemeinsamer verantwortlicher Arbeit hätte dort eine Grenze, wo die Interessen der werktätigen Massen bedroht sind, an der Arbeitslosenversicherung ließe die Sozialdemokratie nicht rütteln, die Sicherung der Unterstützung für die Arbeitslosen sei das Ziel der SPD. Diese verlogenen Phrasen sind durch die Tatsachen längst widerlegt worden. Damit wird die SPD keine einzige Stimme bei den werktätigen Massen erobert.

Es ist auch auffällig, daß der sozialdemokratische Mißtrauensantrag von keinem der ausgeschiedenen Minister unterschrieben worden ist. Wahrscheinlich wollen sich diese Minister auch dadurch den Wiedereintritt in die Koalitionsregierung offenhalten.

Wir Kommunisten rufen die werktätigen Massen zum schärfsten Kampf gegen diese Regierung des Bürgerblocks und der

Kapitalsdiktatur, gegen diese Regierung der Ausplünderung der Massen und der Bereicherung der Besitzenden auf. Wir fordern den Sturz dieser Regierung, wir fordern die Auflösung des Reichstages und seine Neuwahl, damit die Massen Gelegenheit haben, ihr Urteil auch durch den Stimmzettel abzugeben. Wir sind gewiß, daß dieses Urteil der Massen noch eindeutiger sein wird als damals, nach der ersten Regierung der Großen Koalition, im Mai 1924. Wir Kommunisten kämpfen allein gegen die steigende Massennot unter den Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten. Wir führen den Kampf gegen die Kapitaloffensive und rufen die Arbeitermassen auf, in gemeinsamer Front die revolutionäre Offensive zu ergreifen.

Wir Kommunisten sind die einzigen Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse, der Landbevölkerung, des kleinen Mittelstandes, der Frauen und der Jugend. (Lachen rechts und in der Mitte.) — Natürlich nicht der Großagrariere, die Sie vertreten.

Unsere Tagesforderungen stellen wir nicht zu Agitationszwecken auf, sondern um die Massen zum Kampf um diese Forderungen zu mobilisieren, um für ihre Verwirklichung zu kämpfen. Der Antrag unserer Fraktion auf Drucksache Nr. 1694, der am 1. März dieses Jahres eingereicht wurde, enthält eine Reihe von Forderungen, die darauf abgestellt sind, die größte Massennot ein wenig zu lindern. Wir sind gewiß, daß Sie alle, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten, diese Anträge ebenso ablehnen werden, wie Sie es bisher getan haben.

Wir Kommunisten kämpfen allein um die Behebung des Massenelends unter den Erwerbslosen, den Sozialrentnern, den Kriegsinvaliden, den Obdachlosen. Wir allein kämpfen um die Behebung der fürchterlichen Not der Landarbeiter. Wir sind es, die die kleinen Bauern vor dem Druck des Großkapitals schützen und ihnen helfen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Wenn diese Regierung 450 Millionen Mark für das Ostprogramm^[45] zur Verfügung stellen will, so ist damit noch keine Garantie gegeben, daß die unteren Schichten der Bauern auch nur einen Pfennig davon erhalten. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Die Großgrundbesitzer werden die fettesten Happen davon bekommen, den Hypothekenbanken soll auf diese Weise das ausgeliehene Geld zurückerstattet werden. Ja, vielleicht wird

dieses Geld auch sogar zum Ausbau einiger strategischer Bahnen verwendet werden.

Wir Kommunisten sagen den Massen, daß die Durchsetzung ihrer Forderungen nicht im Parlament erreicht werden wird. Bestünde dazu die Möglichkeit, so würde das Kapital sofort dieses Parlament zum Teufel jagen. Die Forderungen werden nur durchgesetzt werden in den Massenkämpfen, zu denen wir die Massen in der roten Einheitsfront unter Führung der KPD zusammenfassen. Wir rufen dazu die roten Betriebsräte auf, die Erwerbslosenausschüsse, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die Opposition in den Massenorganisationen. Sie alle sind die Träger dieser Organisierung der revolutionären Einheitsfront mit ihrer internationalen Verbindung unter Führung der Kommunistischen Internationale.

So werden die Kommunisten die Kraft schaffen, den Kapitalismus zu stürzen und der Diktatur des Kapitals die Diktatur des Proletariats entgegenzustellen, um dadurch den Weg für die Verwirklichung des Sozialismus frei zu machen.

Dafür ist uns das russische Proletariat der beste Lehrmeister. Ihm werden wir folgen; mit ihm und dem Proletariat in allen übrigen kapitalistischen Ländern wird das deutsche Proletariat die Kampfgemeinschaft zum Sturze des Weltkapitals schaffen.

Wenn heute in Berlin im Lustgarten die werktätigen Massen Groß-Berlins unter Führung der KPD aufmarschieren, tun sie es unter der Kampflosung: Nieder mit dieser Hindenburg-Regierung, der Massenaushungerung, der kapitalistischen Diktatur! Es lebe die proletarische Diktatur, es lebe ein Sowjetdeutschland!

*„Verhandlungen des Reichstags,
IV. Wahlperiode 1928“, Bd. 427.*

Gegen die verstärkte Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung Berlins!

*Rede in der Berliner Stadtverordnetenversammlung
10. April 1930*

Es kennzeichnet den Bankrott der bürgerlichen Demokratie, wenn hier die bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie auf das wichtigste Recht — auf das bisher die bürgerliche Demokratie stolz war — freiwillig verzichten. Die Etatberatung, die Etatbewilligung ist das Kernstück der bürgerlichen Demokratie und Selbstverwaltung. Wenn hier vom Magistrat der Etat vorgelegt wird und die bürgerlichen Parteien und die SPD freiwillig darauf verzichten, öffentlich zu diesem Etat, zu seiner Generallinie Stellung zu nehmen und ihre Forderungen dazu anzumelden, so ist das ein Verhalten, das ich als Bankrott der Demokratie bezeichne habe. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Die Parteien regen sich scheinbar darüber auf, daß die Regierung die Schlußfolgerung schon daraus gezogen hat und die Stadtverordnetenversammlung ihrer Rechte überhaupt entkleiden will, wie das in dem Diktaturgesetz gegen die werktätigen Massen vorgesehen ist. Diese Parteien zeigen doch mit ihrem Verhalten der Regierung geradezu den Weg zu dieser Diktatur, mit der sie auch durchaus einverstanden sind.

Es ist kennzeichnend für diesen Zustand, daß der Etat hier begründet wird, ohne daß die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung eine Ahnung davon haben, was in dem Etat steht. („Hört! Hört!“) Der Etat ist nicht, wie es sonst üblich war, wenigstens einige Tage vorher den Stadtverordneten zum Studium übergeben worden, damit sie in der Lage gewesen wären, auch auf Grund der Zahlen zu dem Etat Stellung zu nehmen. Aber das ist sicher vom Magistrat mit der Absicht geschehen, die Etatdebatte unter allen Umständen zu verhindern. („Sehr wahr!“) Damit hat er aber bei den Kommunisten kein Glück. Ich stelle gleich zu Beginn die Tatsache fest, daß dieser Etat von einer sozialdemokratischen Magistrate mehrheit vorgelegt wie auch von

einem Sozialdemokraten begründet wurde. Diese Feststellung ist deshalb wichtig, weil allem Anschein nach wieder — wie das schon bei dem Nachtragshaushalt der Fall war — die Sozialdemokratie sich scheut, vor der Arbeiterschaft die Verantwortung für diesen Etat zu übernehmen. („Sehr wahr!“) Sie glaubt, mit einer Scheinopposition die werktätigen Massen darüber hinwegtäuschen zu können, daß dies ein sozialdemokratischer Etat ist. Und deshalb machen wir diese Feststellung, der nicht widersprochen werden kann.

Der Herr Stadtsyndikus sprach hier von der „Haushaltswahrheit“ im Etat und beschwerte sich darüber, daß der klerikale Landeshauptmann Horion aus der Rheinprovinz unwahre Behauptungen gegen Berlin aufgestellt hat. Das städtische Nachrichtenamt hat auch einen Bilderbogen zur Abwehr dieser Behauptungen herausgegeben. Mit der „Haushaltswahrheit“ ist es aber nicht weit her. In der Etatbegründung wie in dem Bilderbogen, der vom Nachrichtenamt zur Entkräftung der Angriffe dieses zentümlichen Landeshauptmannes aus der Rheinprovinz herausgegeben wurde, wird verschwiegen, daß das werktätige Volk Berlins von dem eigenen Magistrat bis aufs Blut ausgeplündert wird. Berlin wird gewiß von der Reichs- und Staatsregierung in unerhörter Weise geschröpft. Aber die Mittel dazu werden in der Hauptsache nur aus den werktätigen Massen herausgepreßt; diese werden von der Bourgeoisie und vom Magistrat rücksichtslos ausgeplündert. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Gerade darauf muß das Hauptgewicht bei der Beurteilung des Etats gelegt werden. Der Herr Stadtsyndikus ist mit sehr elegantem Bogen über die neue steuerliche Belastung der werktätigen Massen Berlins hinweggegangen. Er hatte gewiß allen Grund, auf dieses Kapitel hier nicht näher einzugehen. Aber er hat sich geirrt, wenn er etwa glaubt, daß es deshalb nicht vor die Öffentlichkeit getragen wird. Wir Kommunisten haben gerade auf der sofortigen Besprechung des Etats bestanden, damit sogleich die werktätigen Massen gegen diesen unerhörten Anschlag alarmiert werden, der zur weiteren Herabdrückung ihrer Lebenshaltung unternommen wird.

Was bedeuten denn die im Etat vorgesehenen gewaltigen Steuererhöhungen? Wenn die Grundsteuer um 100 Prozent er-

hört wird, um einen Mehrbetrag von 44,3 Millionen Reichsmark herauszuschinden, so soll den werktätigen Massen die Miete um diesen Betrag erhöht werden. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß eine hundertprozentige Erhöhung der Grundsteuer zwangsläufig eine Mieterhöhung von 4 Prozent nach sich zieht. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie bei dem ungeheuren Massenelend in Berlin den hungernden Massen der Erwerbslosen, der Renten- und Wohlfahrtsempfänger durch diese Mieterhöhung die Mittel für die Beschaffung der notwendigsten Lebensmittel noch mehr geschmälert werden sollen, so ist es durchaus berechtigt, diesen Etat einen Hungeretat zu nennen. Die Gewerbesteuer soll von 425 auf 500 Prozent erhöht werden. 14,8 Millionen Reichsmark sollen dabei als Mehrertrag an Steuern herausgeholt werden. Da die Gewerbesteuer eine indirekte Steuer ist, deren Ertrag von den Produzenten auf die Konsumenten abgewälzt wird, so sind es auch hier die werktätigen Massen Berlins, die den Hauptanteil an dieser Steuerlast zu tragen haben. Die Lohnsummensteuer soll ebenfalls um einen Mehrbetrag von 5,3 Millionen Reichsmark erhöht werden. Um insgesamt 64,4 Millionen Reichsmark sollen allein diese drei Steuern gesteigert werden. Dazu kommt die Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser und Strom, für die ein Mehrertrag von 25,6 Millionen Reichsmark eingesetzt ist, die auch mindestens zu 90 Prozent von den werktätigen Massen Berlins getragen werden müssen. So sind es 90 Millionen Reichsmark, die allein zum Ausgleich des Defizits aus den Knochen der werktätigen Massen Berlins über das bisherige Maß an Steuern herausgeschunden werden sollen. („Hört! Hört!“) Aber mit diesem Etat sollen auch alle die sogenannten Sparmaßnahmen, die der Magistrat bereits beschlossen hat, rücksichtslos durchgeführt werden. In dem Kapitel Wohlfahrts- und Gesundheitspflege stehen zwar im Etat nominell höhere Summen als im Vorjahre, aber der Magistrat mußte selbst in seiner schriftlichen Begründung zum Etat darauf verweisen, daß die Not und das Elend in ungeheurem Ausmaß gestiegen sind. Die Zahl derjenigen, die als Erwerbslose ausgesteuert sind und aus Mitteln der Notstandsaktion unterstützt werden müssen, stieg in der Zeit von Februar 1929 bis Januar 1930 von 34 500 auf

43 700, also um 9200, das sind 26,7 Prozent mehr. Die Zahl derjenigen, die laufend unterstützt werden müssen (Sozialrentner, Kleinrentner und den Kleinrentnern Gleichgestellte, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene usw.), ist in der Zeit von Oktober 1928 bis zum Januar 1930 von 129 750 auf 145 870 gestiegen, das sind 12,4 Prozent mehr. Dabei sind diese Zahlen vom Januar 1930. Das Elend ist in den letzten Monaten ungeheuer gewachsen („Sehr wahr!“), die jetzigen Zahlen sind bedeutend höher. Dazu kommt der ungeheure Preiswucher, der die Unterstützungsgelder dadurch senkt, daß sich die Unterstützungsempfänger nicht mehr so viel kaufen können, als sie vordem dafür erhielten. So sind die nominell höheren Summen im Etat keineswegs etwa ein Beweis dafür, daß in der Wohlfahrts- und Gesundheitspflege mehr getan wird. Wenn man die Zahlen des Vorjahrs gegenüberstellt, so wird die Tatsache offenkundig, daß die Sparmaßnahmen des Magistrats auf Grund des Etats in diesem Jahre in noch rücksichtsloserer Weise gegen die werktätigen Massen durchgeführt werden sollen. Aus den städtischen Betrieben sollen nicht nur durch die Erhöhung der Tarife, sondern auch durch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und unteren Angestellten Überschüsse herausgewirtschaftet werden, die vom Magistrat als Einnahmen im Etat eingesetzt werden. Mit den unerhörten Arbeiterentlassungen wird nichts anderes bezweckt, als einen Druck auf die Löhne der Arbeiter auszuüben, sie abzuschrecken, Lohnforderungen zu stellen, die notwendig sind in Anbetracht all der großen Anschläge, die jetzt auch von der Reichsregierung und dem Reichstage auf die Lebenshaltung der werktätigen Massen unternommen werden. Die Durchführung des Finanz- und Agrarprogramms wird außerordentlich stark die Preise der wichtigsten Lebens- und Bedarfsmittel der werktätigen Massen in die Höhe treiben; denn gerade darum werden doch die unverschämten Forderungen vom Landbund, von den Großagrariern, gestellt. Sie wollen die Preise ihrer Produkte in die Höhe treiben, um angeblich die Landwirtschaft gesunden zu lassen. So muß sich dieses Agrarprogramm unheilvoll auf die Lebenshaltung der werktätigen Massen auswirken.

Ein „großer Geist“ dieses Hauses hat sich in einer Berliner Zeitung als Nationalökonom eigener Art produziert. Um die Zustimmung zu den Zöllen zu rechtfertigen, schreibt er in einem Berliner Organ:

Es ist nicht wahr, daß angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Gesamtlage deutsche Schutzzölle den Konsumenten belasten.

Die das behaupten, haben anscheinend noch nie etwas von dem Unterschied zwischen Nominallöhnen und Reallöhnen gehört. Nicht darauf kommt es an, welche Geldmenge, in Einheit ausgedrückt, der Konsument als Lohn oder Gehalt erhält, sondern darauf, was er sich für diese Geldmenge kaufen kann. Ein wohlverstandener Zollschutz setzt die Inlandskraft des Geldes herauf, und darum Schutzzoll.

Dieser „große Geist“ trägt sogar den Dokortitel. Ich weiß nicht, ob er ihn etwa gerade in Nationalökonomie gemacht hat. Dann sollte er sich sein Schulgeld wiedergeben lassen. Es ist der Redakteur der nationalsozialistischen Zeitung „Der Angriff“, Herr Dr. Lippert. („Hört! Hört!“ — Zuruf bei den Kommunisten.)

Wahrscheinlich trägt die ständige Gemeinschaft des Herrn Lippert mit einem zweiten Doktor gleichen Kalibers, dem Herrn Goebbels, dazu bei, einen solchen vollendeten Unsinn zu fabrizieren, daß die Schutzzölle keine preissteigernde Wirkung hätten, sondern im Gegenteil geeignet seien, die Kaufkraft des Geldes zu steigern. Der Kapitalismus hat schon viele Klopffechter zur Rechtfertigung seines mörderischen Systems gehabt, aber solche dummen wie diese noch nicht. Aber darum sind sie Führer der Nationalsozialisten.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat sich gegen dieses Agrarprogramm mit seinen Zollerhöhungen erklärt, weil er in der Durchführung dieses Programms keine geeignete Hilfe für die Landwirtschaft sieht, auf der anderen Seite aber die größte Besorgnis hegt, daß dieses Programm notwendig zu einer allgemeinen Preiserhöhung und damit im Zusammenhang zu Lohnforderungen führen muß, die seiner Meinung nach letzten Endes nicht eine Ermäßigung, sondern eine gewaltige Erhöhung der Ar-

beitslosenzahl zur Folge haben müßten. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Wenn ich hier auf die Ausführungen des Herrn Dr. Lippert eingegangen bin, so nur deshalb, um zu zeigen, mit welch faulen Argumenten von den Nazis versucht wird, ihre Zustimmung zu den Wucherzöllen vor den Arbeitern zu rechtfertigen.

Die Nazis haben ebenso wie die Deutschnationalen und die bürgerlichen Parteien im Reichstage diesen Anschlag auf die Lebenshaltung der werktätigen Massen unternommen und haben deshalb kein Recht, von sich zu behaupten, daß sie die Lebensinteressen der werktätigen Massen vertreten.

Es ist im Etat kein Pfennig für den Wohnungsbau eingesetzt worden, obwohl die Wohnungsnot eines der schlimmsten Übel der kapitalistischen Wirtschaft ist — das allerdings nur mit dem Sturz dieser Gesellschaft ausgerottet werden kann. Aber die Sozialdemokraten haben sich bisher immer bei ihrer Wahlpropaganda und bei dem Versuch, die Stimmen der arbeitenden Schichten einzufangen, auf ihre angebliche Wohnungsfürsorge und darauf berufen, daß sie alle Kräfte einsetzen im Kampf gegen die Wohnungsnot. Jetzt haben Sie aber ein ganzes Jahr keinen Pfennig aus den Etatmitteln dafür übrig. Sie haben auch nichts übrig für andere städtische Neubauten (Schulen, Krankenhäuser usw.), die sicher notwendig sind und die den werktätigen Massen Arbeitsgelegenheit bringen würden. Die Arbeitslosigkeit wird sich auch aus diesem Grunde erhöhen. Die Zahl der Ausgesteuerten wird steigen, die Ansprüche an die Wohlfahrtspflege werden wachsen. Aber der Magistrat erklärt: Keinen Pfennig gibt's, nichts wird mehr bewilligt. Und so ist dieser Etat, wie er von mir gekennzeichnet wurde, ein unerhörter Anschlag auf die Lebenshaltung der werktätigen Massen.

Wenn die erforderliche Redezeit zur Verfügung stände, so wäre es notwendig, die Situation näher zu beleuchten, in der dieser Etat der Stadt Berlin hier eingebracht wird. Es wird nicht nur hier dieser Anschlag gegen die werktätigen Massen unternommen („Sehr richtig!“), sondern von dem Trust- und Finanzkapital wird eine neue Rationalisierungsoffensive ergriffen mit Betriebsstilllegungen, Arbeiterentlassungen und Lohnsenkungen.

Der Kapitalismus will Kapital bilden, er sorgt dafür, daß die Dividenden steigen. Sie brauchen nur die Berichte der Banken zu lesen. Der Bericht der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft weist 34,2 Millionen Reichsmark Reingewinn auf. Vor kurzem veröffentlichte der Bericht der Danatbank einen Reingewinn von 11,8 Millionen Reichsmark. Diese Beträge hat die Bourgeoisie „erspart“ durch die Ausbeutung der Arbeiter. Man sagt, dieser Gewinn käme aus „Entbehrungen“ der Bourgeoisie. Darum solle der Bourgeoisie durch Lastensenkung geholfen werden.

Das ganze Regierungsprogramm geht doch dahin, der Bourgeoisie, den kapitalkräftigen Schichten erleichterte Steuerbedingungen zu verschaffen. Jede Regierung, ob Brüning oder Hermann Müller an der Spitze steht, hat volles Verständnis für die „Not“ des Kapitals, aber kein Verständnis für die Not der werktätigen Massen. Es wird auch über die Not der Landwirtschaft geklagt. Wir bestreiten nicht, daß es eine große Not in der werktätigen landwirtschaftlichen Bevölkerung gibt, bei den Landarbeitern, bei den Kleinbauern, aber nicht bei den Großagrarern, die die fetten Happen des Agrarprogramms und der Osthilfe einstecken werden. Unten wird die Not weiter wie bisher bleiben.

In dieser Situation wagt es der Magistrat, diesen Hungeretat vorzulegen. Es ist von dem Syndikus ein sehr brenzliches Gebiet berührt worden, als er vorbauen wollte, damit der Etat nicht abgelehnt würde. Der Herr Syndikus hat offen die Drohung ausgesprochen: Wagen Sie es nicht, diesen Etat abzulehnen, denn schon damals, als der Nachtragshaushalt abgelehnt wurde, hat die Regierung mit der Vorlegung des neuen Verwaltungsgesetzes die Antwort darauf erteilt. Damit wird bestätigt, was wir Kommunisten gesagt haben, daß das von der Regierung vorgelegte sogenannte Selbstverwaltungsgesetz nur ein Diktaturgesetz gegen die werktätigen Massen ist. Den eigentlichen Sinn hat der Herr Syndikus ganz richtig empfunden: Durch das Diktaturgesetz soll Berlin von der Staatsregierung „verwaltet“ werden, um die Sozialdemokraten im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung von der Verantwortung zu befreien.

Es wird auch mit dem Zwangsetat gedroht. Wir Kommunisten fürchten den Zwangsetat nicht. Der Etat, den Sie Jahr für Jahr angenommen haben, ist kein von den werktätigen Massen freiwillig übernommener Etat. Das war ein den Massen aufgezwungener Etat, ein Zwangsetat gegen die werktätigen Massen. (Zustimmung bei den Kommunisten.) Deshalb fürchten wir den Zwangsetat nicht, den die Regierung verhängen könnte. Wir werden uns mit solchen Drohungen keineswegs einschüchtern lassen. Aber es gibt in diesem Hause viele Parteien, die es sehr gern sähen, wenn ein Zwangsetat von der Regierung käme. Sie wollen sich dahinter verkriechen, um sagen zu können: Wir haben es nicht gewollt, die Regierung hat es getan. Die Deutschnationalen werden sagen: Das tat die sozialdemokratische Preußenregierung, und die Sozialdemokraten werden wiederum erklären: Wir haben nicht die Mehrheit in der Preußenregierung. Und so wird das Volk betrogen und belogen mit dem Ziel und dem Erfolg der gesteigerten Ausplünderung und Knechtung der werktätigen Massen. Das ist der ganze Sinn der kapitalistischen Politik, der Etats und der Gesetzgebung im Reiche, im Staate und in der Stadtverwaltung.

In ihrer Not finden die werktätigen Massen nur eine Hilfe in der Kommunistischen Partei. Die Massen verstehen es durchaus, daß ihre Interessen nur die Kommunisten wahrnehmen. Dafür haben Sie die Bestätigung bei den letzten Wahlen hier in Berlin bekommen. Wenn das Vertrauen der Massen zur Kommunistischen Partei nicht so gewachsen wäre, dann wären wir hier doch nicht in dieser großen Front aufmarschiert. Das ist auch die große Sorge der Regierung, sie befürchtet, bei einer Neuwahl könnte unser Aufmarsch noch größer und damit die bisherige Etatmehrheit noch mehr zusammengehauen werden, als es schon diesmal geschah. Dem will man mit dem Diktaturgesetz zuvorkommen. Hier ist schon jetzt nur noch zum Schein eine Stadtverordnetenversammlung. Der Magistrat führt Ihre Beschlüsse nur noch durch, soweit er selbst damit einverstanden ist. Und Sie lassen sich das gefallen. Deshalb sage ich: Dieses Diktaturgesetz paßt Ihnen absolut in den Kram. Sie wollen doch keine demokratische Selbstverwaltung mehr, sondern wollen die Diktatur, um mit

ihrer Hilfe eine noch schlimmere Ausplünderung der Massen durchzuführen. Das ist Ihre Politik, von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten.

Ich will nicht näher auf die Ursachen der Finanznot eingehen, obwohl der Herr Stadtsyndikus in einem kühnen Schwunge darüber hinweggesprungen ist. Er hat sich so ausgedrückt, daß er den Beifall von rechts und von den Sozialdemokraten finden konnte — von rechts sogar mehr als von den Sozialdemokraten. Diesen war nicht recht wohl bei seinen Ausführungen; denn die Neuwahlen stehen bevor. Wenn hier ein sozialdemokratischer Stadtsyndikus offen von den geplanten Mehrbelastungen der werktätigen Massen spricht, so ist das in der Wahlbewegung schlecht wieder wegzureden. Schließlich hat er versucht, durch einige beruhigende Äußerungen über die Solidität der laufenden Verwaltung darüber hinwegzukommen. Er sprach auch von den finanziellen Schwierigkeiten, die die Schnellbahnbauten hervorgerufen haben. Daß er als Sozialdemokrat dabei gerade den Bahnbau nach Friedrichsfelde heraus hob, ist mir nicht recht verständlich. Lichtenberg ist ein großes Arbeiterviertel, dessen Arbeiter ein großes Interesse daran haben, möglichst schnell in die entfernt gelegenen Betriebsgegenden zu kommen. Man hat sich nicht darüber aufgeregt, daß nach dem Westen, sogar bis nach dem Grunewald, bis zur Krummen Lanke, die Schnellbahn verlängert wurde. Wer zum Grunewald will, hat es in der Regel nicht so eilig, dort hinauszukommen. Aber das ist eben ein Entgegenkommen an die Bourgeoisie, die dort draußen wohnt. Sie haben zwar alle Autos zur Verfügung, aber man will auch mal mit der Schnellbahn fahren. Über diesen Bahnbau hat man kein Wort verloren, aber im Osten, wo es sich um Arbeiterviertel handelt, da kommt der Stadtsyndikus mit solchen Einwänden. Ich will hier nicht untersuchen, woher es kommt, daß ein Kilometer Schnellbahnbau 12 Millionen Reichsmark kostet. (Zuruf: „Warum nicht?“) Weil ich dann näher auf die Materialkosten, auf die unerhört gestiegenen Preise eingehen müßte. Am wenigsten sind es die Arbeitslöhne, die diese hohen Baukosten verursachen. Auf die Grundstückschiebereien, auf den unerhörten Millionenbetrug, der an der Stadt verübt worden ist, ist der Herr Stadtsyndikus bei sei-

ner Rede nicht eingegangen. Man soll doch nicht glauben, daß die Millionenbetrügereien schon der Vergangenheit angehören. Nein, es wird noch Tag für Tag die Stadt mit solchen Schiebungen betrogen. Für Schiedsrichterentschädigungen bei Enteignungen usw. wird das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinausgeworfen; aber wenn es gilt, etwas für die werktätigen Massen zu tun, dann fängt man an zu „sparen“. Darum ist es auch verständlich, daß die Sozialdemokratie im Staatsrat dafür eingetreten ist, daß nach dem kommenden Diktaturgesetz der Stadtgemeindefachausschuß — also die nicht öffentlich tagende Körperschaft — die gesamten Verwaltungsangelegenheiten der Stadt erledigen soll.

Die Sozialdemokratie will sich mit ihrer arbeiterfeindlichen, die Korruption begünstigenden Politik in diese geheime Kammer flüchten. Deshalb stimmt sie auch im Staatsrat gegen den Zentrumsantrag auf Öffentlichkeit der Tagung des Gemeindefachausschusses. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Durch alle möglichen Manöver versucht die SPD die Massen zu betrügen. So auch jetzt wieder nach ihrem Herausschmiß aus der Reichsregierung. Was die Sozialdemokratie den Massen auch immer versprochen hat, sie hat stets das Gegenteil getan. Wenn sie jetzt außerhalb der Regierung ist, so zu dem einzigen Zwecke, die wegen der Hilferdingschen Finanzpolitik rebellisch gewordenen Massen wieder zu beruhigen, ihnen den Glauben beizubringen, die Sozialdemokratie habe den Kampf gegen diese Finanzpolitik aufgenommen. Und doch: Was die Sozialdemokratie redet und schreibt, ist auf das Ziel gerichtet, wieder in die Koalitionsgemeinschaft, in die Reichsregierung, aufgenommen zu werden. Aber da sie nicht sicher weiß, ob nicht doch der ganze Laden dort zusammenbricht, ob nicht doch die Regierung genötigt sein wird, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, mimt sie „Opposition“. Es ist wie bei dem Verwaltungsgesetz: Hier wie im Magistrat stimmte die SPD gegen das Verwaltungsgesetz, und im Staatsrat ist sie für dieses Diktaturgesetz gegen die werktätigen Massen eingetreten. Hier ist die SPD dafür eingetreten, daß die Winterbeihilfe ausgezahlt wird, sie stimmte sogar für einen Protest gegen den Magistrat; aber im Magistrat lehnten die

gleichen Sozialdemokraten die Auszahlung der Winterbeihilfe ab. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Das ist der Massenbetrug der SPD.

Wir Kommunisten rufen die werktätigen Massen auf, sofort den Kampf gegen diesen Hungeretat aufzunehmen, besonders auch gegen die vierprozentige Mieterhöhung. Kein proletarischer Mieter soll einen Pfennig Miete mehr bezahlen als bisher. Jeder soll sich weigern, die vierprozentige Mieterhöhung an die Hausbesitzer zu zahlen. Mögen die Hausbesitzer für diesen Teil Stundung der Hauszinssteuer beantragen. Das ist ihre Angelegenheit und die der amtlichen Stellen. Die werktätigen Massen sollen keinen Pfennig Mieterhöhung zahlen, wenn sie der Hauswirt unter Berufung auf die Erhöhung der Grundsteuer fordert.

Aber nicht nur Kampf gegen die Mieterhöhung, sondern auch Kampf gegen die „Sparmaßnahmen“, gegen den ganzen reaktionären, arbeiterfeindlichen Etat, Kampf zum Sturz dieses Magistrats. Leider besteht keine Möglichkeit, daß sich die Stadtverordnetenversammlung selbst auflösen kann, sonst würden wir die Auflösung dieser Versammlung fordern, damit in der Wahl die werktätigen Massen ihr Urteil über diesen Hungeretat fällen und damit den Kampf vorbereiten zum Sturz der kapitalistischen Gemeinde, in der es keine Demokratie und keine Selbstverwaltung für die werktätigen Massen gibt. Wir rufen die Massen zu diesem Kampfe auf.

Der kommende 1. Mai wird die beste Gelegenheit sein für die werktätigen Massen, unter Führung der Kommunistischen Partei und unter den revolutionären Losungen aufzumarschieren: Gegen diesen Hungeretat, gegen die Magistrats Herrschaft, für den Sturz der Bourgeoisie und jeder kapitalistischen Regierung! An ihrer Stelle, an Stelle der Diktatur der Bourgeoisie, müssen sie die proletarische Diktatur aufrichten mit dem Ziel, wirkliche Demokratie und Selbstverwaltung durch die werktätigen Massen durchzuführen, so wie es in der Sowjetkommune geschieht. Die Sowjetunion gibt ein anschauliches Beispiel, wie durch die Selbstverwaltung der werktätigen Massen der Sozialismus aufgebaut und verwirklicht wird. Es ist eine der größten

Sorgen der Bourgeoisie, daß diese Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetkommune den werktätigen Massen immer mehr zum Bewußtsein kommen und sie dadurch angespornt werden, Schluß zu machen mit der das Volk auswuchernden, ausplündernden und knechtenden Herrschaft der Bourgeoisie.¹

„Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin“, Jahrgang 1930.

¹ Die Vorlage des Etats wurde ohne weitere Diskussion dem Haushaltsausschuß überwiesen. Am 1. Juli wurde der Etat in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. *Die Red.*

Die Scheinopposition der SPD soll die Arbeiterklasse vom Kampf gegen die Brüning-Regierung zurückhalten!

Rede im Reichstag
14. April 1930

Die Redeplänkeleien, die hier zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten ausgetragen werden, haben doch nur den einen Sinn: die Schuld und Verantwortung für die unerhörten Anschläge — die sowohl von der Hermann-Müller-Regierung als auch von der Brüning-Regierung gegen die Lebenshaltung der werktätigen Massen unternommen werden — sich gegenseitig zuzuschieben und die werktätigen Massen darüber zu betrügen, daß alle Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen die volle Schuld und Verantwortung für diese Anschläge tragen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Es scheint allerdings, daß im Laufe dieser Tage immer weniger Kraft hinter diese Redeplänkeleien gesetzt wird; wahrscheinlich in der Erkenntnis, daß diese doch niemand mehr außerhalb dieses Hauses ernst nimmt. Das beweist die „Fülle“ dieses Hauses. Selbst bei dem sozialdemokratischen Redner tritt die eigene Fraktion nur noch mit 34 Anwesenden auf. Der Streit um das Erwerbslosenkompromiß — um das der Regierungskonflikt angeblich entstanden ist — spielt bei diesen Redeplänkeleien nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Differenz, um die der Streit zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien ging, wird jetzt selbst von der Sozialdemokratie als sehr gering angegeben; man rechnet 70 Millionen oder gar nur 35 Millionen heraus. Die Sozialdemokraten verstehen daher selber nicht mehr, warum sie deshalb eigentlich aus der Regierung herausfliegen mußten. Sie glauben, alles doch so brav und gut gemacht zu haben, so daß das Finanzkapital und die bürgerlichen Parteien damit durchaus hätten einverstanden sein können. Die Hermann-Müller-Regierung war in der Tat eine Regierung ausschließlich gegen die Werktätigen und insbesondere gegen die hungernden erwerbslosen Massen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Die kommunistische Fraktion hat eine Zeitung herausgegeben, „Der rote Wähler“, Mitteilungsblatt der kommunistischen Reichstagsfraktion, in der auf einer ganzen Seite der Schandkatalog des sozialdemokratischen Verrats an den Erwerbslosen aufgeführt ist. Hier wird der ungeheure Massenbetrug, der Widerspruch zwischen Wahlversprechungen und Taten der Hermann-Müller-Regierung, aufgezeigt. Hier wird bewiesen, daß diese Regierung von einer Etappe zur anderen im Abbau der Erwerbslosenfürsorge vorangegangen ist. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, so lieferte ihn der finanzielle Rückblick über den Haushalt 1930, der das Datum vom 26. März 1930 trägt — also zwei Tage vor dem Regierungskonflikt eingebracht wurde. Dort heißt es auf Seite 3:

Es waren seinerzeit nur 150 Millionen Mark eingestellt worden, weil damals mit einer Reform der Arbeitslosenversicherung gerechnet wurde, die einen weiteren Bedarf an Reichsmitteln nicht aufkommen lassen sollte.

Das bedeutet also, daß trotz steigender Erwerbslosenzahl kein erweiterter Zuschuß geleistet werden sollte. Die Differenz konnte somit nur ausgeglichen werden durch Erhöhung der Beiträge oder Abbau der Leistungen. Auf das letztere war auch die Absicht der Müller-Regierung eingestellt; das hat ihre Tätigkeit in den 21 Monaten bewiesen. Es ist dafür auch charakteristisch, daß die Sozialdemokraten bei ihrer Argumentation, besonders gegen das Zentrum, immer wieder die Geringfügigkeit der Differenz, die diesen Konflikt veranlaßt hat, hervorheben und damit zugestehen, daß sie alle Anschläge gegen die Erwerbslosen mitmachen wollten.

Die Sozialdemokratie hat gegenüber dem Vorwurf der bürgerlichen Parteien, daß sie die gleiche Politik triebe, darauf hingewiesen: Es sei eben ein Unterschied, ob die Sozialdemokraten in der Regierung seien oder nicht. Sind sie in der Regierung, dann machen sie alle Schweinereien gegen die Arbeiterklasse zusammen mit den bürgerlichen Parteien mit. Sind sie außerhalb der Regierung, dann tun sie so, als kämpften sie für die Interessen der Werktätigen gegen die Bürgerlichen. Daß sie in Wirklichkeit das auch dann nicht tun, hat ihre Tätigkeit in der ganzen Zeit bis zu der vorigen Wahl, wo sie außerhalb der Regierung standen, bewiesen.

Das Republikenschutzgesetz, das auch von einem Sozialdemokraten eingebracht und von den Sozialdemokraten gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien beschlossen worden ist, ist auch ein Beweis dafür, wie die SPD gegen die Erwerbslosen vorgeht. Severing war es doch, der die Notwendigkeit des Republikenschutzgesetzes damit begründete, daß wir heute in Deutschland so viele Millionen Erwerbslose haben, die ein ständiger Herd der Unruhe und der Rebellion sind. So ist dieses Republikenschutzgesetz tatsächlich in der Absicht beschlossen worden, in erster Linie gegen die rebellierenden Erwerbslosenmassen angewandt zu werden. Also nicht nur Abbau der Leistungen, nicht nur Einschränkung der Fürsorge, sondern auch die Gummiknüppel, die Polizeirevolver, die Klassenjustiz sollen gegen die Erwerbslosen angewandt werden. Dafür verantwortlich ist die Sozialdemokratie, die dieses Gesetz beschlossen hat, verantwortlich sind die sozialdemokratischen Polizeiminister in den Ländern und die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten — insbesondere die vom Kaliber eines Zörgiebel in Berlin —, die es anwenden. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Betrachtet man die Erwerbslosigkeit im ganzen, so kann im kapitalistischen Staate ein Ausgleich gegenüber dem wachsenden Elend überhaupt nicht gefunden werden. Die Zunahme der Erwerbslosigkeit kennzeichnet die Zuspitzung der kapitalistischen Weltkrise. Alle Versuche der Bourgeoisie, die Wirkungen dieser Krise abzuschwächen, werden nur unternommen mit Maßnahmen, die eine Vermehrung des Massenelends gerade bei den Erwerbslosen im Gefolge haben. Dazu trägt insbesondere bei die neue von der Bourgeoisie betriebene Rationalisierungsoffensive mit ihren Betriebsstillegungen und Arbeiterentlassungen, mit ihrem Ansturm auf Senkung der schon jetzt zu niedrigen Löhne. Alle Unterstützungsmaßnahmen können nur einen kleinen Teil des Elends mildern. Typisch für die Einstellung dieser Regierung ist die Erklärung ihres jetzigen Justizministers Dr. Bredt:

Deutschland würde ungeheuer reich sein, wenn mit einem Male 20 Millionen Menschen weniger in Deutschland wären. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.)

Das ist das offene Eingeständnis des Bankrotts dieses kapita-

listischen Systems, das nicht mehr in der Lage ist, die arbeitenden Massen zu erhalten, ihnen Arbeit und Brot zu geben.

Aber man begnügt sich nicht nur mit der Feststellung dieses Bankrotts — man greift zur offenen Verhöhnung der Opfer dieses Systems. Es wird gesagt, daß sich der größte Teil der Menschen überhaupt nur als Kostgänger des Staates fühle. Es war, wenn ich mich recht entsinne, auch der frühere Reichsbankpräsident Schacht, der es bei seinem enormen Gehalt und bei seiner Pension für angebracht hielt, die Opfer des kapitalistischen Systems in dieser Art zu beschimpfen. Damit wird die ökonomische Tatsache auf den Kopf gestellt, daß aller Mehrwert nur aus der Ausbeutung der Werktätigen hervorgeht und daß nur die Werktätigen die Ernährer der ganzen Gesellschaft sind. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Wenn sich die werktätigen Massen auf diese Tatsache besinnen, wenn sie ihre Kraft in politischen Massenstreiks oder in großen Wirtschaftskämpfen anwenden, dann wird auch diese Tatsache bestätigt. Die Arbeiterschaft erhält aus der sozialen Fürsorge und den Unterstützungseinrichtungen nur einen Teil dessen zurück, was sie selbst durch ihre Arbeit schaffte.

Es ist richtig, was hier der sozialdemokratische Abgeordnete und frühere Reichsfinanzminister Hilferding gesagt hat, daß durch dieses Agrarprogramm, durch diesen Protektionismus, die Handelsbeziehungen nicht nur gestört, sondern zum Teil auch abgebrochen werden, daß dadurch der Absatz deutscher Produkte nach dem Auslande ungeheuer erschwert, wenn nicht unterbunden wird, so daß die Massenerwerbslosigkeit weiter wachsen muß. Ich frage aber den ehemaligen sozialdemokratischen Finanzminister und die Sozialdemokratie, die noch vor kurzem diese unerhörten Zollgesetze mitbeschlossen hat, ob diese früheren Gesetze nicht die gleiche Wirkung gehabt haben wie die, die uns jetzt vorliegen? Ist es nicht richtig, daß auch die von Herrn Hilferding eingebrachten Zollgesetze die Handelsbeziehungen mit den ausländischen Staaten erschwert und damit zur Vermehrung der Erwerbslosigkeit beigetragen haben? Alle die Vorwürfe, die heute die Sozialdemokraten gegen die bürgerlichen Parteien und die Brüning-Regierung erheben, treffen in um so schärferer Weise auf die Sozialdemokratie zu, weil sie immer

von sich behauptet, sie sei eine Arbeiterpartei, eine Partei zur Vertretung von Arbeiterinteressen. Es ist aber richtig, was wir Kommunisten sagen, daß die Sozialdemokraten mit dieser Behauptung nur die Massen betrügen; denn in Wirklichkeit sind sie eine Partei für die Durchsetzung der Interessen der Bourgeoisie.

Wir Kommunisten haben die Brüning-Regierung scharf bekämpft — wir Kommunisten, die wir nur allein die Interessen der werktätigen Massen vertreten. Die SPD, Herr Stampfer an der Spitze, hat erklärt: Die frühere Regierung müsse doch besser gewesen sein als die Brüning-Regierung. Es entscheiden aber nicht moralische Begriffe, ob besser oder schlechter. Auf die Taten der Regierung kommt es an, und in den Taten sind sich die beiden Regierungen Müller und Brüning gleich. Beide dienen den kapitalistischen und agrarischen Interessen gegen die Arbeiter. Etwas hat sich allerdings verändert. Es erfolgt jetzt ein verstärkter Angriff des Trust- und Finanzkapitals gegen die Arbeiter, und zwar infolge der gesteigerten Wirtschaftskrise, der Absatzkrise. Auf Grund der Erfüllung des Youngpaktes und der Abwälzung seiner Lasten hat sich in der Tat etwas verändert: Es erfolgt nun ein massiver Angriff des Großkapitals und der Großagrarien auf die Taschen der werktätigen Massen. Wir haben die Brüning-Regierung nicht etwa bekommen, weil die Sozialdemokraten nicht mehr mitmachen wollten, sondern weil die Kapitalisten glaubten, jetzt einen Faktor außerhalb der Regierung nötig zu haben, der dazu beiträgt, die werktätigen Massen zu beruhigen. Die Beruhigungsspielle, die die Bourgeoisie den werktätigen Massen gegeben hat, bestand in dem Hinauswurf der Sozialdemokratie aus der Regierung. Sie soll durch ihre Scheinopposition gegen diese Regierung die werktätigen Massen von außerparlamentarischen Kämpfen zurückhalten. Das ist der Sinn des Regierungswechsels.

Wenn die Sozialdemokraten jetzt das Agrarprogramm als einen Anschlag auf die Taschen der werktätigen Massen bezeichnen, so muß demgegenüber die Tatsache hervorgehoben werden, daß die Regierung Hermann Müller in den drei von ihr eingebrachten und vom Reichstag beschlossenen Zollvorlagen eine Massenbelastung der werktätigen Massen um ein Mehr von $1\frac{1}{2}$ Milliarden Mark gebracht hat, dazu die Beihilfen an die Landwirtschaft von 500 Millionen Mark, dazu die Kredite von

2 Milliarden Mark. Es ist auch ein Massenbetrug, wenn in der Öffentlichkeit der Anschein erweckt wird, als ob es sich hier um eine Hilfe für alle in der Landwirtschaft Beschäftigten handele. Dieses Agrarprogramm dient lediglich zur Stützung der Großagrarier und der ihren Interessen dienenden Hypothekenbanken, aber es bringt keine Milderung des großen Elends der Landarbeiter und der kleinbäuerlichen Bevölkerung. Es stellt einen ausgesprochenen Anschlag auf die Lebensinteressen dieser Schichten dar.

Wenn Herr Schiele hier den Reichstag gebeten hat, ihm die Freiheit zum Aufbau der Landwirtschaft zu geben, so heißt das — in die wahren Absichten der Regierung übersetzt —, der Reichstag soll der Regierung volle Ausplünderungsfreiheit gegen die werktätigen Massen geben. Darum geht der Kampf zwischen der kapitalistischen Regierung und den Werktätigen. Aber das ist nicht der Kampf zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie.

Wenn etwas geeignet ist, die Situation klar zu kennzeichnen, dann ist es das Verhalten der Deutschnationalen. Wenn Hugenberg hier die Forderung gestellt hat: in erster Linie Agrarprogramm — also Speckzoll vor Nationalpolitik —, so weiß er, daß diese Losung für das Zusammenhalten seiner Partei notwendig ist. Er hat ja, was nicht zu verwundern ist, seine Stellungnahme von diesen Zugeständnissen der Brüning-Regierung abhängig gemacht. Er hat durch seine Taktik verhindert, was das Zentrum wollte: das Zerschlagen der Deutschnationalen Volkspartei. Mehr denn je steht diese Regierung unter dem Diktat Hugenbergs, der Deutschnationalen, der Großagrarier.

Dafür dient als Bestätigung auch das Verhalten der Nationalsozialisten. Sie haben hier in der dritten Lesung vollkommen die Sprache verloren. Es ist durchaus anzunehmen, daß in der Unterredung zwischen Hitler und Hugenberg die Subventionen für die Partei festgelegt worden sind, aber unter der Voraussetzung, sich bedingungslos dem Diktat Hugenbergs zu fügen („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) und auch nicht einmal mehr hier im Reichstage das Wort zu ergreifen gegen diesen Anschlag auf die werktätigen Massen.

Herr Breitscheid hat von dieser Tribüne bei der zweiten Le-

sung erklärt, die Losung der Sozialdemokraten sei die Sanierung der Staatsfinanzen. Diese Losung bedeutet nichts anderes als die Fortsetzung der kapitalistischen Politik, die von der alten Regierung betrieben wurde. Nicht Behebung des ungeheuren Massenelends, sondern Erfüllung der Forderungen, die vom Trust- und Finanzkapital aufgestellt wurden — zur Durchsetzung der Kapitalbildung im eigenen Lande, Steuersenkungen, Erleichterungen für das Kapital. Das ist die Losung der Sozialdemokratie.

Ein Sprecher des Zentrums, Herr Schlack, der genau weiß, was das Zentrum will, der nur so unvorsichtig war, offen auszusprechen, was hier vor sich geht, hat diese Regierung richtig als die reaktionärste gekennzeichnet. In einer Konferenz in Oberhausen haben die christlichen Gewerkschaftsführer gegen das Regierungsprogramm Stellung genommen und erklärt, daß sich das Zentrum und alle diejenigen, die sich für dieses Programm einsetzten, am Jüngsten Tage dafür würden verantworten müssen. Das ist allerdings ein Trost auf eine ferne Zukunft.

Wie auch der Ausgang dieser Debatte und der Entscheidungen sein wird, ob sich eine Mehrheit für oder gegen die Brüning-Regierung ergeben wird, es kommt nicht darauf an, wie hier in diesem Saale die Entscheidung fällt, sondern draußen unter den werktätigen Massen. Aber gegenüber einem Schwindel möchte ich doch noch ein Wort sagen. Wenn in der bürgerlichen Presse das Fehlen von kommunistischen Abgeordneten am Sonnabend dahin ausgelegt wird, als sei dies aus Sorge der kommunistischen Abgeordneten um ihre Person geschehen — weil Strafverfolgungsprozesse gegen sie laufen —, so will ich demgegenüber erklären: Es ist uns allerdings von sozialdemokratischer Seite nahegelegt worden, diese Sicherung zu treffen — aber wir Kommunisten geben darauf einen Dreck. Wir werden — möge die Kriminalpolizei noch so stark hier im Hause vertreten sein — es doch verstehen, uns ihrem Zugriff zu entziehen. Wir werden hier bis zum letzten Augenblick, jeder an seinem Platze, ausharren, um die Interessen der werktätigen Massen zu vertreten.

Ich schließe mit unserer Forderung auf Auflösung dieses Parlaments, gleichviel, ob jetzt mit wenigen Stimmen Mehrheit dieses Kabinetts zur Not noch einmal das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses erlangt. Wir fordern die Auflösung, damit die